

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

171 (26.6.1920) Erstes und Zweites Blatt

Preis:
In Karlsruhe frei ins Haus
abgeliefert monatlich 5.50 M.
an den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 5.30 M.
Inwärts durch unsere
Agenturen bezogen 5.50 M.
monatlich, am Posthalter
abgeholt monatlich 5.30 M.
vierteljährlich 15.30 M., durch
den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
5.55 M., vierteljährlich 16.95 M.
Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mitterstraße 1

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die Klein-Anzeigen
über deren Raum 20 Lokal
1.40 M. biswärts 1.60 M.
Kleinanzeigen 5.— M. an
erster Stelle 5.50 M.
Nacht nach Paris.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen jedoch
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanstalt:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Verlag Nr. 207,
Schriftleitung Nr. 20 n. 504

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenchrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Martin Golsinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den internationalen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den internationalen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den internationalen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt.

117. Jahrg. Nr. 171. Samstag, den 26. Juni 1920. Erstes Blatt.

Endlich.

Als auf dem Rückzuge unserer Truppen in den Novembertagen 1918 diese die luxemburgische Grenze erreicht hatten und von den Nebenbühnern der Mafel in das Tal hinabgestiegen waren, versammelte der Kommandeur einer unserer bewährtesten Kampfdivisionen seine Regimenter am Ufer des Flusses um sich. Es war die Division, die trenn und drang, tapfer und sich selbst verlegend bis zum letzten Augenblick des Krieges auf den Höhen der Maas ihren Mann gehalten, alle Angriffe überlegener Feindmassen abgewiesen und die deshalb noch in den allerletzten Feuerschritten wiederholt rühmende Erwähnung gefunden hatte. Nun nahte man sich der deutschen Grenze und es galt, Abschied zu nehmen von den Kampfschwestern schwerer Zeiten, da der Befehl gekommen war, daß die Angehörigen der durchquerten Provinzen mit Rücksicht auf die nachrückenden feindlichen Besatzungsstruppen jenseitig zur Entlassung kommen sollten. — Der General dankte der Division und gab ihr, ehe er sie mit neuen Wünschen für die Zukunft entließ, ein kurzes Bild, wie man die Heimat vorfinden werde, soweit sich ein solches auf Grund der eingegangenen Nachrichten hatte gewinnen lassen. In all dem Wirrwarr der widersprechenden Meldungen fand eines fest: Eine neue Regierung mit anderen Männern und Gedanken war an die Stelle der alten getreten und es war nun die Frage, wie man sich bei der Heimkehr mit der neuen Lage abfinden werde und solle. — Darum fügte der General seinen Abschiedsworten noch die Mahnung hinzu, sich unter allen Umständen auf den Boden der neuen Tatsachen und hinter die Regierung Obert zu stellen, „denn sonst“ — so sagte er — „gehen wir a u s dem Krieg in den Krieg, und einen Bruderkrieg will doch wohl keiner von uns. Genug hat ein jeder von diesem Bürgerkrieg der vergangenen Jahre.“ — Das war gut gemeint und wahr gesagt. Die Truppen gingen heim, aber sie fanden ein Land, über dem die Novembernebel brauten, in die die Schiffe des Aufbruchs fuhren und sie fanden ein Volk, das, ins Mark getroffen und bis zu Tode gemartert, sich selbst zerfleischt und sich selbst zerriß. Man hatte Frieden nach außen gemacht, um den Krieg im Innern zu beginnen. Der Bruderkrieg war da und vergeblich schien jeder Versuch, dem tranken Volkstörper die Medizin zuzuführen, die allein ihm Heilung bringen konnte.

In 14jährigen Ringen um Existenz und Leben haben wir uns selber durchzukämpfen versucht und alle Erschütterungen über uns ergehen lassen müssen, die ein verlorenen Krieg noch immer im Gefolge gehabt. — Denn — das zeigt uns die Geschichte — eine Niederlage hat noch immer ein Volk sehr übel genommen und — ohne lange nach Gründen zu suchen — kurzes Gericht mit seinen Führern gehalten. Mehr wie einmal fanden wir in der Nachkriegszeit hart am Abgrund des Verderbens, aber immer wieder war es möglich, das Steuer herumzuwerfen. Rückblickend, können wir angesichts der Tatsachen, daß nach einem solchen Kriege das Volk auch diese Belastungen noch auszuhalten vermochte und überlassen es dem Historiker, auch hier objektiv Urfrage und Wirkung gegenüberzustellen.

Nur Phantasien konnten wohl annehmen, daß eine so gewaltige Umwälzung sich ohne Gegenströmungen vollziehen und daß nicht eine Reaktion anders gearteter Elemente versuchen würde, wenn auch nicht den alten Zustand wieder herzustellen, so doch der neuen Zeit einen Teil ihrer Errungenschaften wieder zu entreißen. Das war nur natürlich, wer realpolitisch denken gelernt, wird davon also auch nicht überrascht worden sein, er wird sich auch heute noch nicht an den Abschlus der politischen Veränderungen gestellt sein.

Noch ist das Volk in seinem Innern mit einer sich schließenden und sich fortwährend verändernden Masse, einem Chaos vergleichbar, noch wissen viele nicht, ob das politische Kammerlein, in dem sie jetzt ein Unterkommen gefunden, ihnen ein dauerndes Obdach geben kann und wird. Zweifel waren die Eindrücke, zu zahlreich die Hoffnungen, zu vielfach die Versprechungen, die dem Suchenden und Torkelnden Wahl und Entschluß erschweren. Neue Parteien mit neuen Richtlinien und Schlagworten hatten sich gebildet und weit waren die Ziele gesteckt, die uns in der Ferne ein glückliches Volk und auch sonst viel Schönes zeigten. Nur eines vermochten wir am Horizont nicht zu erkennen: ein einziges Volk — ein Volk, das mit hohem Verständnis für seine Aufgaben sich eine Generation heranzuziehen bemüht gewesen, die aus der Schule der Leiden der Väter gelernt, politisch geschult mit klarem Blick für die Aufgaben der weiteren Zukunft nationale Würde, nationales Selbstbewußtsein und nationale Stolz sich zu eigen gemacht.

Als dann in den Monaten des vergangenen Winters die innere Lage sich weiter zuspitzen begann, als in jenen Märztagen die politisch unmögliche Handlung eines Kapp und Wittich zu einem nationalen Unglück sich auszugestalten drohte, da wurden uns als sichtbarste Reultat dieser Tage die Neuwahlen zum Reichstage be-

schert, die für vier Jahre des Volkes Schicksal bestimmen sollten. Draußen aber, an des Hauses Pforte, hand die Entente und wies mit deutlichen Fingerzeig auf die Paragraphen des Schmachvertrages, die uns an den Verhandlungstisch der „Commission des Reparations“ riefen. Der 6. Juni kam, er werde zeigen, so hieß es von allen Seiten, wie das Volk fürberhin gebettet zu sein wünsche. Das Volk wählte, aber das deutsche Volk wählte ganz anders, weniger als viele es erwarteten, als vielmehr, als die meisten es gehofft. Es zeigte sich hier in dem Ausfall der Wahlen und seiner Auswirkung auf die erforderliche gewordene Neubildung des Kabinetts eine ähnliche Erscheinung wie auf dem Geldmarkt der Nachkriegszeit. Während die Einen sich plötzlich im überragend schnell gemehrten Besitz und hohem Gewinn sahen, mußten die Anderen betrübten Sinnes hohe Verluste buchen und schnell war nun einer jener staatspolitischen Momente gekommen, da von

Die neue Reichsregierung und ihre Aufgaben.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Das Reichskabinet ist in der bereits angegebenen Zusammensetzung Ereignis geworden. Die Deutsche Volkspartei hat durch die Aufnahme der Herren v. Raumer und Dr. Scholz als Reichsminister, und als Wirtschaftsminister, zu denen wahrscheinlich noch Herr Kempke als Wiederaufbauminister treten wird, bemerkenswerte Zugeständnisse erhalten. In der Presse wird aber schon mehrfach darauf hingewiesen, daß diese Herren doch nur in sehr beschränktem Umfang das Prädikat Sachleute verdienen, da Herr v. Raumer als früherer Landrat und Dr. Scholz als Oberbürgermeister zunächst nur als einfache Verwaltungsbeamte anzusprechen seien. Herr v. Raumer wird außerdem von linker Seite seine ablehnende Stellung in der Sozialisierungsfrage der Elektrizitätswerte vorgeworfen.

Es steht aber fest, daß die Mehrheitssozialdemokraten für die Spaagetz die Regierung dadurch unterliegen werden, daß sie jedes Mißtrauensvotum vermeiden. Ein ausgesprochenes Vertrauensvotum wird allerdings von ihnen nicht erteilt, aber von der anderen Seite auch nicht gefordert werden. Diese Haltung dürfte der Fraktion dadurch erleichtert werden, daß ihr Mitglied Rbe, ein ruhiger, ebenso gewandter wie besonnener Mann, wenn man von den Zerplitterungen absieht, einstimmig zum Präsidenten des Reichstages gewählt worden ist. Entgegen ursprünglichen Strömungen in der Partei ist schon durch diese Kandidatur der Wille zur positiven Mitarbeit zum Ausdruck gekommen, deren glatte Annahme durch alle Parteien das sozialdemokratische Verantwortlichkeitsgefühl hoffentlich weiter stärken wird.

Die Regierung Scheubach hat aber wohl auch Anspruch darauf, im allgemeinen eine innerpolitische Schonzeit zugebilligt zu erhalten. Die Vorbereitungen für Spaa werden ihre Zeit und Arbeitskraft zusammen mit den notwendigen Tagesaufgaben zunächst völlig aufbrauchen. Die Konferenz ist jetzt endgültig auf den 5. Juli festgesetzt, und als Einleitung können die drei Enkentenoten gelten, die eine noch stärkere Verabsicherung unserer bescheidenen Wehrkraft, als selbst Festhalten bei uns befürchtet haben, verlangten. Der schlimmste Punkt ist die verlangte Auflösung der Sicherheitswehr, für die die Erhöhung der sog. Ordnungspolizei um 70 000 Mann natürlich keinen Ersatz bieten kann, da die innere Lage mit den dauernden Aufschüben eine militärisch geschulte, bewegungsfähige Truppe unbedingt notwendig macht.

Die Regierung wird deshalb begründete, ausführliche Gegenvorschläge machen und sich dabei vor allem an die englische Vernunft wenden müssen. Wichtiger ist aber natürlich, daß die deutschen Vertreter mit einem genau angearbeiteten und festen Programm zur Frage unserer finanziellen Leistungsfähigkeit nach Spaa gehen, sowohl was die Gesamtsumme der Kriegsschuldigungen, die man uns auferlegen will, betrifft, als auch die Zahlungsmodalitäten und die Hilfsaktion, durch die unser Wirtschaftsleben vor völligem Zusammenbruch bewahrt werden soll. Wie wir hören, werden schon in diesen Tagen erneute Beratungen der direkt im Verlaufe kommenden Regierungskomitees mit einer großen Reihe hervorragender Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens und der Bankwelt über diese Fragen stattfinden. An diese soll sich dann sofort auch eine vertrauliche Aussprache mit den Parteiführern anschließen.

Eine von pikantem Beigehmaad nicht freie kleine Überraschung brachte gestern die Abstimmung für die Präsidentenwahl im Reichstag dadurch, daß man etwas Genaueres über die Kommunistin Clara Zetkin erfuhr: nämlich, sie heißt gar nicht Zetkin, sondern Frau Zundel, Zetkin ist nur ein literarischer Deckname, der aber eine besonders lebenswürdige Bedeutung hat, weil es der Name einer früheren Jugend-

allen Seiten der Beweis erbracht werden konnte, daß unser Volk endlich mal etwas aus seiner politischen Leidenschule gelernt. Es hatte gewählt, und nun war es nötig, sich schnellstens allseitig auf die neue Situation einzustellen. Dieser Beweis wurde nicht erbracht. — Im kleinsten Teilchen im Plankgefede des Vor und Zurück in Bedingungen, die man heute aus Freigegründen aufstellen zu müssen glaubte, um sie morgen einer Revision zu unterziehen, hat man unsere Geduld und die Aufmerksamkeit des Auslandes nahezu erschöpft. Es war das Bild der Börse, wo der Gewinner seinen Gewinn zu sichern, der Verlierer Gebliebenes zu retten und den Namen der Firma zu decken versucht. Es war das alle Bild, das das deutsche Volk in getreuer Befolgung seiner geschichtlichen Vergangenheit zeigte: 22 Bundesfürsten hatte man beilegt, 22 Staaten zu einem mehr oder minder großen Verzicht auf ihre alten Rechte zugunsten einer Verreichlichung veranlaßt, um nun in immer neuen Parteikämpfen juchend das

liebe der später anderweitig verheirateten revolutionären Vorkämpferin ist. Es wird nun abzuwarten sein, ob die Wahlprüfungskommission an dieser kleinen Menschlichkeit keinen Anstoß nimmt. Wie wir hören, muß Frau Zetkin doch wohl mit der Ungültigkeitserklärung ihres Mandates rechnen.

Die Ministerliste.

Berlin, 25. Juni. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichsfinanzlers Fehrenbach folgende Herren ernannt: Reichsjustizminister (beauftragt mit der Vertretung des Reichsfinanzlers) Dr. Geizze, Reichsminister des Auswärtigen Simons, Reichsminister des Innern Dr. Koch, Reichsfinanzminister Dr. Wirth, Reichsernährungsminister Hermeß, Reichspostminister Giesberts, Reichsverkehrsminister Gröner, Reichswehrminister Gehler, Reichswirtschaftsminister Scholz, Reichsbeschaffungsminister Raumer. Die Befehung des Wiederaufbauministeriums ist noch vorbehalten. Die Verhandlungen über die Befehung des Reichsarbeitsministeriums werden in Bälde abgeschlossen sein. Das Kabinet wird morgen zu einer ersten Sitzung zusammenzutreten und sich am Montag dem Reichstag vorstellen.

Kandidaten für die unbesetzten Posten.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juni. Die „B. Z. am Mittag“ hört aus parlamentarischen Kreisen, daß das Reichsarbeitsministerium dem Zentrumsmittagleden Farrer Dr. Braun angeboten werden dürfte, der Direktor des katholischen Volksvereins in München-Gladbach ist und in der christlichen Arbeiterbewegung eine große Rolle spielt. Das Wiederaufbauministerium soll gegebenenfalls mit dem Kommerzienrat Boehm in München, Direktor der dortigen Deutschen Bank, besetzt werden. Kommerzienrat Boehm gehört der Bayer. Volkspartei an.

Reichs-Kabinet und Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juni. Nach Mitteilungen eines Regierungsvertreeters im Mellesienrat der Nationalversammlung beabsichtigt der Reichsfinanzler am kommenden Montag um 11 Uhr das neue Kabinet vorzustellen und eine programmatische Erklärung abzugeben. Am Nachmittag des gleichen Tages wird dann in einer erneut anberaumten Sitzung Gelegenheit zur Aussprache gegeben, die wegen des katholischen Feiertages am Dienstag am Mittwoch weitergeschoben wird. Da nun endgültig feststeht, daß am 5. Juli die Verhandlungen in Spaa beginnen, sollen die Verhandlungen des Reichstags bis dahin abgeschlossen werden.

Der Termin von Spaa: 5. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. Juni. (Wolff.) Der englische Geschäftsträger erklärte im Auswärtigen Amt, er sei beauftragt, offiziell mitzuteilen, daß die Konferenz in Spaa am 5. Juli stattfinden werde.

Brüssel, 25. Juni. (Wolff.) Die von Doulogne zurückgekehrten Minister des Aeußern und des Innern erklärten sich von den in Doulogne gestatteten Beschlüssen befriedigt und fügten hinzu, daß entgegen der Ansicht gewisser Persönlichkeiten in Deutschland von einer Revision des Friedensvertrages auf der Konferenz in Spaa nicht die Rede sein könnte.

Der hartnäckige Millerand.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Haag, 25. Juni. Der „Daily Telegraph“ teilt mit, daß die britische Delegierten in Doulogne sofort auf der Festhaltung einer Richtsumme statt einer Mindestsumme bestanden, und die Belgier und Japaner in derselben Richtung gingen, so daß die Franzosen vorläufig nachgeben, aber unter Bedingungen. Millerand habe ausgeführt, daß er aus politischen Gründen keinerlei Gesamtsumme unter 6 Milliarden Pfund Sterling annehme und nicht auf Weiterzahlung verzichten könne.

Nichte zu finden. — Aber jetzt endlich ist das große Werk einer neuen Koalition vollbracht, aus den Trümmern des alten ist ein neuer Völkerbund entstanden. Grollend haben die Einen allem Werben ihr „Niemals“ entgegen geschleudert, stolz und im Vollgefühl der Macht haben die Anderen zum Beitritt aufgefodert, während suchend und lauernd ein weiterer Teil der zum Beitritt Berechtigten sich vornehmlich die Garantien für ein erprießliches Zusammenwirken zu schaffen wünschten.

Schade nur ist es, daß diese Koalition weniger aus der Gemeinsamkeit der Interessen und Ueberzeugungen als unter dem Druck der inneren und äußeren Not zustande gekommen ist, denn über den ganzen Verhandlungen stand leider neben der inneren Not das Menetekel von Spaa. Es wäre von weittragenden Folgen, wenn die Dauer des neuen Bundes nicht die Not der Zeit zu überleben imstande wäre und diesem als Brücke für eine neue Zeit dienen könnte.

Sehr bedauerlich ist es auch, daß die Sozialdemokratie nicht zu bewegen gewesen, aus ihrer Reserve herauszutreten, Wahlattische und innerparteiliche Interessen mögen sich da vereint haben. Es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß ein Wiederaufbau, eine Regierung ohne die Partei der „Arbeit“, die wahrlich nicht den geringsten Anteil an dem Durchhalten und den Opfern der Kriegsjahre gehabt, auf die Dauer unmöglich ist, ganz abgesehen von außenpolitischen Momenten, die da mitsprechen.

Nur wenn mit der gleichzeitigen Vertretung ihrer Interessen auch ihr Einfluß auf die Maßnahmen der Regierung und dadurch auf die Geschicke des Volkes Hand in Hand gehen, können wir zum inneren Ausgleich, zu einer Gesundung kommen.

Der alten Koalition entbieten wir für das, was sie gewollt, geleistet und verbündet, einen dankbaren Abschiedsgruß. Wir sind gewiss, daß die Mehrheit des Volkes diese Empfindungen teilen wird — Schimpfen war noch immer leichter wie Besser machen. Das mandes anders und besser hätte gemacht werden können, wollen wir nicht bezweifeln und wahrheitslieblich ist, daß man auch auf anderen Wegen hier und da dasselbe Ziel und mehr hätte erreichen können.

Niemals zuvor aber hat eine Regierung eine solche Riesenaufgabe zu lösen gehabt, ein Volk aus dem gewaltigsten aller Kriege, der größten Umwälzung aller Zeiten hinüber zu leiten in die Anfänge einer neuen Zeit.

So begrüßen wir denn die neue Regierung und die deutsche Republik mit der Zuversicht und dem Vertrauen, das allein als Tragflügel für die Belastungsproben der kommenden Zeit dienen kann. Wenn auch Zweifel an der Lebensdauer der neuen Regierung nicht unberechtigt sind, und eine reine Freude über die endliche Lösung dieser kritischen Zeit nicht aufkommen will, so hoffen wir doch, daß das neue Kabinet nicht als ein Ministerium des Ueberganges seine Aufgaben mit dem Abschlus der Verhandlungen in Spaa als vollendet ansieht, denn gerade dann werden wir wieder vor schwere innere Aufgaben gestellt werden.

Wir können es uns nicht mehr leisten, daß der Lauf unserer inneren Politik den Charakter dauernden Wechsels und häufiger Wechsels annimmt.

So wünschen wir denn, daß dem neuen Kabinet in Form und Inhalt seines Wirkens Stetigkeit beschieden sein und der Segen einer gerechten Arbeit auf seinem Wege ruhen möge. Wenn schon die Aufforderung an die Sozialdemokraten, der neuen Regierung durch die Zustimmung des Vertrauens die Wege zu ebnen und nicht hindernd und mißtraulich in das neu eingetretene Feld der Koalition einzugreifen erkennen ließ, wie hoch man solche Denkungsweise innerhalb der Regierung zu schätzen weiß, um wieviel mehr ist es erforderlich, daß die Maßnahmen dieser Regierung auch von dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen werden.

Man hat soviel von der Opferwilligkeit der Deutschen zu singen gemußt. Möge in diesem Sinne auch der neue Präsident des neuen Reichstages seines Amtes walten. Er hat noch langem Hin und Her seinen Platz eingenommen, den auszufüllen ihm um so leichter werden wird, je mehr er selbst an ein gutes Gelingen seiner Arbeit glaubt mit all seinen Folgen für Volk und Vaterland.

Besonderem Dank sollen wir dem Kanzler des Reiches, dem viel Bewährten und Erfahrenen, der ein Kind unseres engeren Vaterlandes, durch seine Fähigkeiten, seine Vorbildung und seine ganze Persönlichkeit unser volles Vertrauen besitzt und dem wir durch seine mühevollen Arbeit das Zustandekommen der neuen Koalition verdanken. — Wenn einer, so gibt er uns die Gewähr, daß das Steuer des Reiches in festerer Hand.

Schwer und gewaltig sind die Aufgaben, die der neuen Männer barren; sie werden schon in der allerersten Zeit ihr Meißerwerk zu liefern haben.

Von unserem Volke aber erhoffen wir, daß es in wachsender politischer Erkenntnis und zunehmender Reife fest und treu, einig und hart hinter seine Führer tritt, denn mehr wie je gilt es jetzt der Welt zu zeigen, daß im Herzen Europas immer noch eine Kraft lebt, mit der sie rechnen muß.

Hermann von Laer.

Giolittis Anfänge.

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen italienischen Ministerpräsidenten Giolitti waren Begrüßungstelegramme an seine Kollegen in London und Paris, in denen er Vertrauen und Freundschaft zur Wahrung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Alliierten auspricht.

In dieser Hinsicht ist es interessant, wie besonders die englische Politik Herrn Giolitti entgegenkommt. In englischen Blättern ist bereits angedeutet worden, daß man die italienische Note an der deutschen Kriegsschädigung, einer Nachprüfung unterziehen werde, und ebenso soll von englischer Seite her in Belgrad zur Mäßigung Italiens gegenüber geraten, und vor allem vor unvorsichtiger Unterstützung der albanischen Vandalen gewarnt worden sein.

Eine andere Ablenkung der italienischen öffentlichen Meinung dürfte demnach durch Auffrohung der Frage der Auslandsitaliener und ihrer Stellung zu der Heimat erfolgen, das heißt ebenfalls auf von der Regierung Klug

begünstigt werden. Was diese Auslandsitaliener wirtschaftlich für ihr Land bedeuten, ist daraus zu ersehen, daß sie z. B. in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts etwa fünf Milliarden Lire in die alte Heimat geschickt haben und daß heute allein in der Republik Argentiniens fast 1 1/2 Millionen Italiener wohnen, von denen nur ein erchwindernder Teil das italienische Bürgerrecht ausgeübt hat.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

Präsidentenwahl.

W. Berlin, 25. Juni.

Haus und Tribüne weisen eine ähnliche Fülle wie am Donnerstag auf. Die Ministerbänke sind auf der rechten Seite ganz leer, auf der linken Seite weisen sie große Lücken auf.

Die Abstimmung ergibt die Wahl des Abgeordneten Loh (Soz.) mit 394 von insgesamt 430 Stimmen.

Präsident Loh dankt dem Hause für die große Ehre, die ihm durch die Uebertragung des Amtes geworden sei.

Das Haus schreitet sodann zur Wahl des ersten Vizepräsidenten. Der Parteiführer gemäß hat hierauf die U.S.P. den Anspruch. Sie hat den Abgeordneten Dittmann aufgestellt.

Das Haus schreitet zur Wahl des 2. Vizepräsidenten, für den der Abgeordnete Dr. Bell (Zentrum) in Vorschlag gebracht ist.

Für den 3. Vizepräsidenten ist der Abgeordnete Dietrich (Deutschnational) in Vorschlag gebracht.

Dr. Rahl (Deutsche Volkspartei) schlägt vor, die noch ausstehenden Schriftführerwahlen durch Zutritt zu erleichtern.

Zur Geschäftsordnung begründet Abg. Ledebour (U.S.P.) einen Antrag seiner Partei, die gegen den Abgeordneten Wittwohler verhängte Festungsstrafe aufzuheben.

Abgeordneter Müller (Soz.) beantragt Ueberweisung des Antrags Ledebour an die schwebende Geschäfts-Kommission.

Nächste Sitzung Montag vormittag 11 Uhr: Entgegennahme einer Regierungserklärung außerdem mehrere Interpellationen.

Schluss 1/7 Uhr.

Die deutsche Republik.

Der Sturm gegen die neuen Fernspreckgebühren.

Das Gesetz über die Telegraphen- und Fernspreckgebühren vom 6. Mai 1920 befaßt in unerhörter Weise das wirtschaftliche Leben.

Die Weinsberger Weibertreue.

Eine alte deutsche Sage im Lichte der modernen Geschichtsforschung.

Die in Sage und Dichtung viel verherrlichte, opferfreudige Heldentat der Weiber von Weinsberg, die von der ihnen von dem Belagerer der Burg zugehenden Ermächtigung, ihren kostbaren Besitz aus der dem Untergang geweihten Stadt fortzutragen, herart Gebrauch machten, daß sie ihre Männer auf den Schultern den Burgruine hinauf in die Freiheit trugen, ist von der historischen Forschung noch stets in das Reich der Fabel verwiesen worden.

Die grundlegende Quelle für die Ereignisse des Jahres 1140 sind die Paderborner Annalen. Die Schrift ist uns zwar nicht im Original erhalten; es haben aber so viele der auf uns gekommenen Historiker aus ihr geschöpft, daß es möglich war, sie zu rekonstruieren.

Kunde davon rückte Herzog Welf zum Entlass heran, der König ließ die Belagerung auf, zog ihm entgegen und schloß ihn. Unterdessen hatte sich aber die Burg neu verproviantiert; die Belagerung hatte überdies alle Wertgegenstände der Stadt hinaufgeschafft und wohl auch einen Teil der Bürger genötigt, zur Verhärterung mit auf die Burg zu ziehen.

Bisher hatte man den Vorgang immer so verstanden, daß nach der Uebergabe der Stadt verforten Frauen das Leben geschenkt und überdies gestattet worden sei, herauszutragen, was sie wollten. Darauf hatten die Kritiker mit Recht eingewandt, daß nach den strengen mittelalterlichen Kriegsgepfen die Schenkung des Lebens für die Frauen schon eine so günstige Kapitulationsbedingung sei, daß man an ein "Nein", nämlich die "Beförderungserlaubnis", nicht mehr glauben könne.

der Rechtsanwältin, Kertze ufm. Wie wenig Verständnis die Nationalversammlung für die Lage des gewerblichen Mittelstandes besaß, das geht mit größter Deutlichkeit aus der Tatsache hervor, daß der einmalige Beitrag von 1000 M ohne jede Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit alle n Fernsprechnehmern auferlegt wird.

Der Rheinlands-Kommission und Lohnabzug. Der Regierungspräsident in Köln gibt bekannt, daß die Rheinlands-Kommission der zehnpromzentigen Lohnabzug genehmigt habe.

Die gänzliche Entwaffnung Deutschlands.

Berlin, 25. Juni. Von den drei, dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in der Frage der Entwaffnung von den alliierten Regierungen zugegangenen Noten enthält die erste die verschiedenen angeblichen Vorteile gegen die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages, die Deutschland von den Alliierten zur Last gelegt werden.

Ferner fordern die Alliierten, daß die deutsche Gesetzgebung ausdrücklich in Einklang mit den militärischen Friedensbedingungen gebracht werde, womit, wie aus der zweiten Note hervorgeht, besonders die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht durch Gesetz gemeint ist.

Die zweite Note gibt Einzelheiten über den Erwerb der Sicherheitspolizei durch die 150 000 Mann Ordnungspolizei.

Die dritte Note fordert mit Rücksicht auf die vollkommene Ausschöpfung der Auslieferung des militärischen Luftfahrmaterials, daß die Anfertigung von Luftfahrmaterial, das an sich am 10. Juli hätte wieder beginnen können, erst drei Monate nach vollständiger Durchführung der gänzlichen Auslieferungspflicht wieder aufgenommen werden darf.

Die Schwierigkeiten unserer Wirtschaft.

Zur Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Der Ausschuß des Badischen Landtags zur Prüfung der Fragen der Aufhebung der Zwangswirtschaft hat sich in den letzten Sitzungen mit den der öffentlichen Bewirtschaftung noch unterliegenden Gegenständen des täglichen Bedarfs beschäftigt und sich zu folgenden Beschlüssen: Es sollen alsbald aufgehoben werden: die Zwangsbesetzung der Brotbacken, der Fleisch-, des Fisch-, des Eier-, der Pfand-, und tierischen Fett- und Öle (Speise-) sowie der Margarine, Butter und Käse, des Zuckers, der Getreidepflanzen (Stroh und Stroh), des Roh- und des halbes, des Bieres und des Brenn- stoffes (Kohlen und Brennholz).

Stettin, 24. Juni. Der Landarbeiterstreik im Regierungsbezirk Koeslin umfaßt bis jetzt ungefähr 150-200 Güter, davon im Kreis Stolp 100 Güter. Seit vorgestern hat der Streik auch auf den Kreis Rummelsburg übergriffen. Klärungsversuche sind in den Kreisen Stolp und Schlauch vor- gekommen.

Kleines Feuilleton.

Vom Seherlehrling zum Lord und Zeitungs- magneten.

Lord Atholstan, der vor zwei Jahren zum Peer ernannt wurde, hat jetzt den Titel im englischen Oberhaus geleistet. Die Laufbahn dieses jüngsten kanadischen Peers ist eine der romantischsten, die selbst im Lande der Selb- mademan ihresgleichen sucht.

Humor.

Angewandt. „Trägst du noch immer die abge- legten Kleider von deiner größeren Schwefel- Botte?“ — „Nein, in diesem Jahr hat man die Kleider doch so furchtbar kurz... jetzt trägt sie die meinsten!“

Der Klub der dicken Frauen.

Der Klub der dicken Frauen. Die 25 dicken Frauen von Chicago haben sich auf Ersuchen eines der bekanntesten Ärzte der Stadt, Dr. Robertson, zusammengeschlossen und einen Klub gebildet. Unter Anleitung des Arztes unter- nehmen sie eine Reihe von Entfettungsversuchen.

Ein Haushälter.

Ein Haushälter. Gattin: „Fünfundzwanzig Jahre schon sind wir nun bald verheiratet, Franz.“ — Gatte (seufzend): „Erst?“

Unter den Mitgliedern des Ausschusses herrschte Einigkeit, daß an eine Freigabe von Milch, Butter und Speisekorn vorerst nicht zu denken sei. Doch sollte versucht werden, den Landwirten eine größere Freiheit in dem Zwang der Ablieferung zu verschaffen.

Die mangelhafte Versorgung Süddeutschlands mit Kohle.

Unter dem Vorstize des Regierungsrats L. v. Bodenstein vom Reichsarbeitsministerium und unter Teilnahme von Angehörigen des Reichsarbeitsministeriums und des bayerischen Arbeitsministeriums fand in Mannheim eine Versammlung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie statt.

Die Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie verpflichten sich während der Beförderung von Kohlen auf dem Rhein tägl. 2 Stunden Ueberarbeit zu leisten. Außer der tariflich festgelegten Entschädigung erhalten sie dafür, gleich den Fuhrbergleuten, eine Extrazuschuss von wöchentlich vier Pfund Fett zu dem ermäßigten Preise. Die Verteilung der Sonderzuschuss von Fett soll einer sofort zusammentretenden Kommission, die sich paritätisch zusammensetzt, übertragen werden.

Gewalttame Preisregulierung in Mainz.

(Eigener Drahtbericht.)

Mainz, 25. Juni. Am Obhugroßmarkt herrschte heute eine sehr erregte Stimmung. Die Polizei war stark vertreten und kontrollierte die Preise. Außerdem fand sich eine große Menge von Arbeitern ein, die von Stand zu Stand gingen und die Ermäßigung der Preise auf einen noch nicht dagewesenen Stand erzwangen.

Oldenburg, 25. Juni. (Wolff. Eig. Drahtber.)

Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge zog heute vom Pferdemarkt nach dem Geschäftsviertel und stellte an die Geschäftsinhaber die Forderung, Lebensmittel, Schuwaren und Konfektionswaren um ein Drittel herabzusetzen. Wenn die Geschäftsinhaber der Aufforderung in kurzer Zeit nicht nachkommen sollten, würden Zwangsmaßnahmen ergriffen werden.

Bremen, 25. Juni. (Wolff. Eig. Drahtber.)

Die Lage hinsichtlich der Lebensmittel- und Auslieferungen ist es heute bis zur Stunde nicht gekommen.

Stettin, 24. Juni. Der Landarbeiter-

streik im Regierungsbezirk Koeslin umfaßt bis jetzt ungefähr 150-200 Güter, davon im Kreis Stolp 100 Güter. Seit vorgestern hat der Streik auch auf den Kreis Rummelsburg übergriffen. Klärungsversuche sind in den Kreisen Stolp und Schlauch vor- gekommen.

Schnelligkeit des Aufstiegs einen Weltrekord aufgestellt. Im übrigen ist er in Amerika nicht der einzige, dem es gelungen ist, sich vom Seherlehrling zu einer achtunggebietenden Stellung aufzuschwingen. Die Waise seiner Vorgänger, die mit Benjamin Franklin beginnt, ist vielmehr recht lang und enthält u. a. die Schriftstellersnamen Howells, Greifen, Ramond und Georges William Childs, den Gründer des Public Ledger in Philadelphia.

Der Klub der dicken Frauen. Die 25 dicken Frauen von Chicago haben sich auf Ersuchen eines der bekanntesten Ärzte der Stadt, Dr. Robertson, zusammengeschlossen und einen Klub gebildet. Unter Anleitung des Arztes unter- nehmen sie eine Reihe von Entfettungsversuchen. Dr. Robertson will feststellen, welche Entfettungs- stoffe für gesunde Damen mit zu reichlichem Fett am besten ist. Der Arzt hat jetzt drei Monate hindurch mit dem Klub gearbeitet, aber alle 25 Mitglieder sind noch ebenso dick wie zuvor. Der Doktor ist indessen überzeugt, daß er früher oder später die ideale, universale Entfettungs- stoffe entdeckt, so daß alle Mitglieder des Klubs der Dicken wieder so schlank wie junge Mädchen werden. (Man schide sie nach Deutschland, dann ist der Erfolg sicherer, schneller und nachhaltiger. Die Red.)

Humor.

Angewandt. „Trägst du noch immer die abge- legten Kleider von deiner größeren Schwefel- Botte?“ — „Nein, in diesem Jahr hat man die Kleider doch so furchtbar kurz... jetzt trägt sie die meinsten!“

Der Müller ist doch ein fanatischer Homöo-

path! Heute früh hat er über Heufieber ge- klagt — jetzt pöuffert er bereits eine Strohwitwe.“

Ein Haushälter.

Gattin: „Fünfundzwanzig Jahre schon sind wir nun bald verheiratet, Franz.“ — Gatte (seufzend): „Erst?“

Der Landrat des Kreises Koenigs hat die Technische Nothilfe auf bisher 5 Gütern des Kreises zur Versorgung der Notstandsarbeiten eingeleitet.

Krefeld, 25. Juni. Der durch Plünderungen angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt. Die krefeldischen Lebensmittelkommissionen haben beschlossene, Lebensmittel in großen Mengen anzukaufen und sie zum Selbstkostenpreis an die Bevölkerung abzugeben.

Essen, 25. Juni. (Wolff. Sig. Drahtbericht.) Der Streik der holländischen Arbeiter ist noch nicht beigelegt. Die Wasserperre hält an und ruft die größten Schädigungen hervor.

Der neue Reichstag und die auswärtige Politik.

Ueber dieses Thema sprach vom Standpunkte des Vorkriegs der bekannte Führer der deutschen Friedensbewegung Prof. Dr. Ludwig Daidde-München in einer sehr gut besuchten Versammlung, die - veranstaltet durch die Ortsgruppe Karlsruhe der Deutschen Friedensgesellschaft - Donnerstag abend im Saal III der Brauerei Strempe stattfand. Der Redner, der während des Krieges mandatierte Mannheimer Arbeiter ausgesetzt war, kennzeichnete zunächst das Wesen des Pazifismus, der den Krieg zu überwinden sucht durch eine internationale Rechtsordnung zur Entschärfung von Streitigkeiten unter den Völkern und eine Wandlung in der Stimmung der Menschen. Dieses Ziel erfordert freilich langwierige Arbeit. Aber auch im Innern leben der Völker soll an die Stelle der Gewalt das Recht treten, weshalb die Friedensgesellschaft in gewisser Weise Stellung zur inneren Politik nehmen müsse. Wir, so behauptete der Redner, müssen uns grundsätzlich nicht in die Parteipolitik, sondern haben immer Wert darauf gesetzt, Mittelglieder aus allen politischen Parteien in unseren Reihen zu haben. Was wir tun, ist, daß wir uns im allgemeinen Sinne der Idee zur Demokratie bekennen. Sie vertritt allein die friedliche Erledigung innerer Streitigkeiten. Jede Verletzung dieser Idee heißt mit dem Mittel der Gewalt operieren. Der Pazifismus muß zudem fordern, daß eine Mehrheit ihre Macht nicht mißbraucht, daß alles andere hinter dem Gemeinwohl- und Solidaritätsinteresse zurücktritt.

Den Krieg selbst bezeichnete der Redner unter lebhaftester Zustimmung als die schlimmste Barbarei im Menschlichen. Er legte im Hinblick auf die Schrecken, Begleiterscheinungen und die alle Moral, sowie die gesamte europäische Wirtschaft vernichtenden Folgen der Unglücksjahre 1914/1918 überzeugend dar, daß die Überwindung des Krieges sittliches Gebot und wirtschaftliche Notwendigkeit sei. Ueber dieses Ziel könne kein Streit mehr gehen, es liege mit zwingender Gewalt vor uns. Eine Aufhebung gegen die zu schaffende, über den Völkern stehende Rechtsordnung käme dem Verbrechen gleich.

Der Redner wandte sich dann den beiden wichtigsten Aufgaben an, die sich für den neuen Reichstag und seine künftige Regierung ergeben: Wiederaufbau unserer Wirtschaftslage und Revision des Versailler Vertrages. Bei unserer Handelsbeziehungen vor dem Kriege kam uns das wachsende deutsche Kapital im Ausland zuzunehmen, ferner der Besitz an ausländischen Wertpapieren und eine anerkannt tüchtige Handelsflotte. Der Krieg und während der Friedensverträge haben uns diese Mittel zum Ausgleich unserer passiven Handelsbilanz weggenommen und heute vermögen wir nur noch mit dem zu tun, was uns deutsche Arbeit hervorbringt. Da wir aber noch nicht genügend produzieren können, so müssen wir uns auf deutsches Kapital, d. h. wir verkaufen deutsches Geld ins Ausland. Das Ausland wird wirtschaftlich sehr über uns, und daneben arbeitet die Notenpresse weiter. Es ist ganz das Wesen eines Bankrotts, und der Zusammenbruch muß kommen, wenn es nicht gelingt, unsere Wirtschaft ins Gleichgewicht zu bringen.

Hier handelt es sich um Leben oder Sterben des deutschen Volkes. Unsere Lage ist aber noch nicht hoffnungslos. Um dem Schicksal zu entgehen, dürfen wir nach dem Ausland nur das Notwendigste einführen, keineswegs Luxuswaren. Die Einfuhr ungeheurer Mengen Zigaretten usw. durch das Volk im Westen war ein Skandal, ein Verbrechen. (Lärm: Sehr richtig!) Im Prinzip will der Pazifismus den freien Güterverkehr, da wirtschaftliche Absperrung die Beziehungen der Völker zerstört. Der Streithandel läßt sich in diesem Sinne nicht durchführen. Weiterhin muß die Produktivität der deutschen Arbeit im Innern gesteigert und zum dritten versucht werden, wirtschaftliche Fragen (Verkehr, Wälfute u. dgl.) auf dem Wege inter-

nationaler Vereinbarungen zu lösen. Die deutsche Arbeitsleistung rasch zu heben, ist indessen nur möglich bei gutem Willen aller Bevölkerungsklassen. Die Stände müssen sich verstehen lernen, die Selbstsucht und Selbstverleugung müssen aufhören. Wenn wir am Leben bleiben wollen, tut vor allem die Verständigung zwischen Bürgertum und Sozialismus not. Jede Diktatorpolitik ist zu verwerfen. Nur durch eine ehrliche wirtschaftliche Politik im Innern und in den Beziehungen zum Ausland wird der Aufbau unseres Wirtschaftslebens möglich sein, nicht durch eine sogenannte „Kraftvolle“ Politik, sondern einzig durch die Politik der Verständigung und Verständigung. Das heißt nicht betteln um die Güter des Auslandes. Dieses fürchtet sich nicht mehr vor der deutschen Macht und Stärke, wie die Amerikaner heute noch glauben machen möchten, sondern vor einer unvernünftigen deutschen Abenteuerpolitik, die dem ausländischen Chauvinismus Wasser auf die Mühle treibt und die Stimmen der Vernunft erstickt.

Daß der Frieden von Versailles als unerträglich und unerfüllbar revidiert werden muß, darüber besteht im deutschen Volk kein Zweifel. Wir werden nicht aufhören, gegen die Vorkriegsstellung deutscher Volksteile wider ihren Willen zu protestieren, und das einstimmige Wort der internationalen Völkerversammlung in Fingolen in Basel hat uns in diesem Vorhaben Recht gegeben. Der Friedensvertrag ist ferner unüberwindlich, weil er uns wirtschaftlich (Kollektive) und finanziell verarmt hat. Im Grunde glaubt doch kein Mensch, auch der Gegner nicht, daß die ungeschicklichen, heute noch nicht einmal bestimmt umgrenzten Kriegsschäden, die uns angedröhrt werden sollen, jemals bezahlt werden können. In all dem kommt noch die Unterbrechung unserer künftigen Selbständigkeit durch ausgeübte Kontrollmaßnahmen der Alliierten.

Zur Revision des Versailler Vertrages gibt es drei Wege, die sich aber gegenseitig ausschließen. Der erste wäre die Weltrevolution im Sinne des Bolschewismus, die England und Amerika nicht erlassen, wohl aber über Deutschland gehen und nach größerem Gendringen würde als der Versailler Friede. Als zweiter Weg käme der Verzicht auf den Krieg, was aber nichts anderes hieße als einen nackten Menschen einen bis an die Zähne bewaffneten Gegner gegenüberstellen. Wir gingen vollends zu Grunde. Nur gewissenlose Heber können den Revanchekrieg predigen. Der einzige, erfolgversprechende (durch die Politik der Deutsch-Nationalen allerdings nicht erreichbare) Weg ist jener der Verständigung. Wir haben dabei Verbündete bei den Neutralen und auch bei den kleineren Staaten unter unseren ehemaligen Feinden. Italien ist gleichfalls für Verständigung und Ausgleich, ebenso die englische Arbeiterpartei. Soll endlich der Völkerverbund seinen Zweck erfüllen, so müssen auch Deutschland und Oesterreich darin einen Platz finden.

Dr. Daidde's Rede kam aus in eine Verherrlichung des Kampfes für den großen Menschheitsgedanken, wie er in dem Streben nach Völkervereinigung und in der Förderung einer neuen internationalen Organisation der Welt zum Ausdruck komme. In diesem Kampfe könnte selbst ein gefolgsames Deutschland die Führung übernehmen im Vertrauen auf den sicheren Sieg.

Dieser Darlegung folgte reichlich Beifall. In der Aussprache gab ein Wähler den Schmers über die französische Beteiligung kund. Frau Abg. Schloch verließerte ihn des Mitgeföhls aller Volksgenossen, wie er in dem Streben nach Völkervereinigung und in der Förderung einer neuen internationalen Organisation der Welt zum Ausdruck komme. In diesem Kampfe könnte selbst ein gefolgsames Deutschland die Führung übernehmen im Vertrauen auf den sicheren Sieg.

Ein Volkshausbesucher erklärte es als Befreiung früherer Jugendzeit, daß in den Reden der Redner die Zeichen von Krieg und Sieg vorgeführt wurden. Heute sei auf die Kulturgeschichte das größte Gewicht zu legen. Ein Sprecher der Dreifachbewegung äußerte im Interesse des Wirtschafts- und Arbeitsfriedens Wünsche bezüglich der Inanspruchnahme des Reichswirtschaftsrates. Schließlich wurde betont, daß nichts geschehen dürfe, was dem Vertrauen des Auslandes in die deutschen Verhandlungsbahnen irgendwie abträglich erschiene.

In seinem Schlusswort vertrat Dr. Daidde die persönliche Ansicht, daß er Einzelvorkämpfer für die verschiedenen Berufsgebiete einem großen Wirtschaftsparlament vorziehe. Im übrigen bemerkte er, daß der Pazifismus auch in den feierlichen Reden, allerdings unter sehr viel schwierigeren Umständen, Fortschritte made. In Deutschland sei die Friedens-Gesellschaft neben den Parteien notwendig, nicht allein der alten Sache wegen, sondern als Gegengewicht gegen den Ausbeutenden Verband und verwandte Organisationen, deren Einfluß man seinerzeit gewaltsam unterdrückt habe. Wollen Sie, daß wir eine Macht werden im Volke und gegenüber dem Ausland? - Der Vortragsabend endigte mit zahlreichen Beifallsbekundungen.

23. Bundestag des Bundes deutscher Militäranwärter.

n. Karlsruhe, 25. Juni. Im großen Saale des Hotels „Friedrichshof“ begann gestern vormittag um 9 Uhr der 23. Bundestag des Bundes Deutscher Militäranwärter, der auf drei Tage berechnet ist. Den Vorsitz führt Rechnungsrat Vertsch-Berlin, der alle Erziehungenen, besonders auch die Vertreter der Behörden, in der Hauptstadt Badens willkommen hieß und daran erinnerte, daß der Bund jetzt 25 Jahre besteht. Mit einem Hoch auf den Bund der Militäranwärter und seinen Begründer, Stein, schloß der Redner. Als Vertreter der Behörden und Körperschaften begrüßte darauf die Versammlung Oberpostamt Simon-Karlsruhe für die Reichspostverwaltung, Postdirektor Schlegel für die Oberpostdirektion, Regierungsrat Fromm für das Reichsverkehrsministerium, Finanzrat Dr. Fehler für die badische Regierung und den badischen Finanzminister, Ammann Schöhl für das Ministerium des Innern, Amtmann Dr. Geiling für das Kultusministerium, Hauptmann Seidel für den Reichswehrminister, Abg. Schöpple für die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Großhans für die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei. Vertreten waren bei der Tagung 68 Vereine mit 7800 Mitgliedern durch 51 Vertreter.

Den Tätigkeitsbericht erstattete der Bundesvorsitzende Rechnungsrat Vertsch-Berlin. Der Bericht erstattete wärmstens die vorhergehenden Militärlieben einen Nachruf und gab einen Überblick über den Werdegang der Zivilversorgung der ehemaligen Soldaten in Deutschland. Als in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts die Anstellungsgrundzüge für Militäranwärter wenig oder gar nicht beachtet wurden, schlossen sich unter Führung des Eisenbahndirektors Stein-Berlin Militäranwärter zusammen und gründeten den Verein der Militäranwalden, dessen Vorsitzender Stein wurde. Auch in Berlin gründeten sich ähnliche Vereine, die dann im Juni 1895 zum Verband Deutscher Militäranwärter und -Invaliden (dem heutigen Militäranwärterbund) vereinigt wurden. Vorsitzender wurde Stein-Berlin, Beisitzer der heutige Vorsitzende Vertsch-Berlin. Ende 1895 zählte der Verband 10 Vereine. In der Folgezeit nahm der Verband die Interessen der Militäranwärter wahr. Eine Unterstützungskasse und eine Stiftung ermöglichten es, notleidende Bundesmitglieder zu unterstützen. Eine Rechtschutzkasse gewährte die Mittel, um die verletzten Rechte der Militäranwärter im Prozeßwege zu erhalten. Im Jahre 1899 wurde eine Bundesversammlung gegründet. Zur Ergänzung dieser Kasse hat der Bund im vergangenen Jahre eine Sterbefällenbeihilfe-Einrichtung geschaffen. Seit 1905 wurde die Organisation durch Gründung von Unterverbänden ausgebaut. Man gründete Erholungsheime, Darlehenskassen und Beihilfeskassen für den Todesfall und schloß Lieferungsverträge. Eine besondere Tätigkeit entfaltete der Bund zur günstigen Ausgestaltung des Militärversorgungsgesetzes für die Besoldungsreform u. a. Weiter trat der Bund der Juridifizierung der Militäranwärter entgegen. Auch die Interessen der Unteroffiziere wurden wahrgenommen. Bei Ausbruch des Krieges stellte sich der Bund in den Dienst des Vaterlandes. Nach dem Kriege hat sich der Bund mit Erfolg der heimkehrenden Militäranwärter angenommen. Unter der Tagung nach Beamtentellen durch die bisherigen Ausbehalter hatte das gesamte Beamtentum zu leiden. An der Gründung des deutschen Beamtenbundes konnte der Militäranwärterbund nicht teilnehmen, weil nur Fachverbände aufgenommen werden. Dadurch kommen die Interessen der Militäranwärter nicht genügend zur Geltung. Im Vorstande des Beamtenbundes ist der Vorsitzende des Militäranwärterbundes vertreten. Leider halten die Behörden ihre Beratungen über Beamtensachen hinter verschlossenen Türen ab. Beim Besoldungsgesetz sind die Interessen der Militäranwärter nicht genügend gemacht worden, so daß für die Militäranwärter durch die neue Zeit keine großen Ertrungschancen gebracht wur-

den. Besonders trifft dies auf die Postpersonalreform zu. Der Berichterstatter schloß mit einer Aufforderung zur treuen Bundesarbeit. - Der Bericht wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Vom Bundesvorstand sprach Schöpple-Berlin über die Besoldungsreform im allgemeinen, Verwaltungssekretär Schäfer-Karlsruhe über die Lage der Militäranwärter in Baden. Vogt-Berlin berichtete über die Postpersonalreform. Nach diesen sind die Militäranwärter zu den Beratungen der Postpersonalreform nicht zugelassen worden. Die Reform sei hinter verschlossenen Türen gemacht worden. Der Reichspostminister wurde nicht richtig informiert. Der Postbeamtenverband habe hier vollständig versagt. Im letzten Sturme der Entrichtung mußte der Militäranwärterverband einspringen. Er forderte auf Grund der Anstellungsgrundzüge das Recht der Militäranwärter. Diese wünschten, daß sie zu den Beratungen der Kommission beigezogen werden. Die Uebergangsbestimmungen werden auch ohne Mitwirkung der Militäranwärter gemacht. Man werde den Militäranwärterstand in die 5. Beamtensklasse herunterdrücken.

Obereisenbahnsekretär Scharr-Sachsenhausen besprach die Ausnahmen der Militäranwärter bei der Eisenbahnpersonalreform und verlangte, daß für den Berufsständigen freie Bahn geschaffen werde. Zwischen Zivil- und Militäranwärter dürfe kein Unterschied gemacht werden. Nach einer Mittagspause wurden Ausschüsse zur Vorberatung der Anträge gebildet. Auf Antrag von Sattler-Baden wurde das Rechnungswesen gebilligt. Dann traten die Kommissionen in Tätigkeit.

Der Bundestag setzte heute nachmittag seine Verhandlungen fort. Sie wurden von Herrn Dietrich-Berlin geleitet. Zunächst wurde die Schaffung eines neuen Vorstandes beschlossen und verschiedene Bundesbeamtenfragen geregelt. Der Bundesbeitrag wurde der gesteigerten Mehrkosten wegen erhöht. Weiter wurden verschiedene Anträge interner Natur angenommen, darunter ein Antrag des Landesverbandes Württemberg, wonach die Bundesmitglieder aus Elsaß-Lothringen, die jetzt in Württemberg wohnen, dieselben Sterbegeldern erhalten, wie die württembergischen Bundesmitglieder. Verschiedene Satzungsänderungen wurden angenommen. Dann wurde die Frage erörtert, ob der Bund deutscher Militäranwärter sich mit dem Reichsverbande derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten (R. d. V.) verschmelzen soll. Der Antrag bezieht sich auf die Abrechnung einer Verschmelzung, jedoch eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden Verbänden. Die Verhandlungen darüber sollen vormittags fortgesetzt werden.

Abends veranstaltete die Ortsgruppe Karlsruhe des Militäranwärterbundes im Hotel Friedrichshof aus Anlaß des Bundestages und des Jubiläums des Militäranwärterbundes und des Landesverbandes Baden einen Familienabend, an dem die Kapelle Rudolph, der Gesangverein Rheingold und die Herren Karl Müller und Schöning mitwirkten.

Letzte Nachrichten.

Prag, 25. Juni. Die Verhandlungen mit Deutschland nähern sich ihrem Abschluß. Am Donnerstag nachmittag wurde die Frage der Liquidierung des deutschen Eigentums zu Ende geführt. Das bereits in Berlin im Vorlauf vorgelegte Abkommen wurde ohne Änderungen angenommen. Hierbei wurden Erleichterungen bei der Durchführung des Transits geschaffen. Falls diese offenen Fragen günstig gelöst würden, ist zu hoffen, daß die Verhandlungen, die provisorischer Natur sind, und der Genehmigung beider Regierungen und der Ratifizierung unterliegen, am Freitag nach oder Samstag vormittag abgeschlossen werden.

Konstantinopel, 25. Juni. (Havas.) Die britische Armee, die an der Front von Smyrna zum Angriff übergegangen ist, besetzte den Hafen von Smyrna.

Sommerspielzeit im Konzerthaus.

Die Theaterleitung schreibt uns: Die Eröffnung einer besonderen Operettenspielzeit, wie sie in den vergangenen Jahren üblich war, hat sich diesmal als unmöglich erwiesen. Die Zusammenstellung eines auswärtigen Ensembles verbot sich - bei den heutigen Lebensverhältnissen, die für einen kurzen Aufenthalt vorfremder Künstler ganz besonders hohe Bezüge bedingt hätten, wozu noch die enormen Reisekosten getreten wären, die gleichfalls das Theater tragen müßte - von vorneherein von selbst; bei der schwierigen pekuniären Lage des Landes theaters mußte eine neue Maßnahme - und eine solche wäre die Operettenzeit - unter den genannten Umständen zweifellos geworden - unbedingt vermieden werden. Aber auch die Erstellung eines Ensembles aus den einheimischen Künstlern erwies sich als unzulässig, aus inneren Gründen und künstlerischen Gründen, deren wichtigster der war, daß, wenn Zeit und Arbeitskraft eines erheblichen Teiles der Mitglieder monatlang völlig auf den Konzerthaus-Operettenbetrieb eingestellt worden wären, die Vorbereitungen für die kommende Winterpielzeit allzu empfindlich gelitten hätten.

Um aber den Wünschen des Publikums nach sommerlicher Unterhaltung Rechnung zu tragen, hat die Generaldirektion im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat und den Vertretern der Angehörtenverbände den nachfolgend bekannt gegebenen Ausweg gefunden: die Spielzeit des Landes theaters wird verlängert; (es sei dabei bemerkt, daß, um seine Durchführung zu ermöglichen, die gesamten Mitglieder auf einen Teil der ihnen gewohntheitsgemäß zuteilenden Sommerferien verzichten haben, um ihrerseits das Mögliche zur Stärkung des schwer um seine Existenz kämpfenden, von Staat und Stadt bis heute pekuniär gehaltenen Institutes beizutragen.)

Die Spielzeit wird in diesem Jahre nahezu ganzjährig durchgeführt werden, nur von Mitte Juli bis Mitte August tritt eine kurze Unterbrechung ein. Und zwar wird bis Anfang Juli im Landes theater gespielt werden, von da an im Konzerthaus, mit dem das Ensemble in in letzter

Zeit durch die Volkshausvorstellungen ohnehin schon wiederum künstlerische Fühlung genommen hat, - bis zum 12. Septemder, an welchem Termin der regelmäßige Betrieb im Landes theater wieder einsetzt soll.

Der Spielplan wird fast ausschließlich heitere Werke bringen. In erster Reihe eine Anzahl von klassischen und gediegenen modernen Operetten. Als erste bearbeitete Neuenkundung steht am 1. Juli Offenbachs „Dreipfüßler“ in der Unterwelt“ zuerst im Landes theater, dann im Konzerthaus in Szene, ferner neu ausgestaltet und von Intendant Fuchs inszeniert. Es sollen folgen: „Die Nixe von Stambul“, „Die Garbafürkin“, „Der fidele Bauer“, „Das Nussknackmännchen“ (mit Theresie Müller-Reichel als Gast), „Der Weinstudent“.

Im Schauspiel sollen einige Schwänke eingelegt werden, als erster davon kommt die bekannte „Spanische Fliege“ heraus. Auch an die Aufnahme eines neuen und wertvollen Werkes ist gedacht. - Dazu treten Dienstadt und Freitags die Volkshausvorstellungen, zu denen bekanntlich auch Kassenplätze jeder Gattung zu haben sind.

Theater und Musik.

Badisches Landes theater. Mitteilung der Intendant: Am nächsten Sonntag, den 27. d. M., kommt als letzte Wagner-Vorstellung in dieser Spielzeit „Tristan und Isolde“ zur Aufführung. In derselben wird Frau Maria Lorenz-Höhlischer die Rolle der Isolde spielen. Die Operette als Isolde beschließen, in welcher Partie sie bereits im Herbst v. J. hier außergewöhnlichen Erfolg erzielte.

Am Freitag, den 2. Juli, wird im Landes theater die Operette „Die Wondschindamer“ wiederholt, in welcher Herr Seydel nochmals auftreten wird. Die Operette hatte vor wenigen Tagen in Baden-Baden einen sehr starken Erfolg.

Gute und schlechte Musik. Ueber dieses Thema sprach Bruno Stürmer im Saale des Konservatoriums für Musik. Stürmer ist ein flottes Redner, der sein Publikum bis zum Schlusse

zu fesseln weiß. Was er sprach, sind eigentlich längst bekannte Tatsachen; aber die Form, die er bei seinen Ausführungen gebrauchte, war entschieden originell. Hauptächlich die praktischen Beispiele, die er am Flügel ausführte, konnten recht überzeugend wirken, z. B. die Herausstellung des Unterstimmes zwischen einem Dreiviertelakt, den Johann Strauß entzückend geschrieben hat, und dem eines Komponisten einer faden, modernen Durchschnittsoperette.

Da der ganze Vortrag auf den unterhaltenden Ton geknüpft war, mochte er manche drastischen Beispiele von schlechter moderner Musik zur Parodie gestalten. Die Konzertsängerin Frau Elisabeth Friedberg unterstützte den Vortragenden aufs Beste. Es sollte an Liebesbeispielen gezeigt werden, welche graufame Gegenüber befehen zwischen Kompositionen, die zur Niederstuf gehören und zwischen Gesängen unserer Liedermeyers Schuber. So z. B. geht durch das populäre „Stolzjens als Rhein“ der Grundgedanke des Nihilismus und im „Weidenbaum“ ist auch in gewissem Sinne ein ähnlicher Gedanke verwoben. Das direkte aufeinanderfolgende Gegenüberstellen dieser beiden Lieder war ein etwas harter Tabak für gute Ohren - aber immerhin konnte Stürmer den ständigen Beweis bringen von „guter und schlechter Musik“. Wenn die Sängerin es nicht fertig gebracht hätte, sowohl den Schwarzen als auch das Weiserstück gleich gut (im Sinne des Komponisten) vorzutragen, so würde man für das zweite Beispiel „Seemannslos“ contra „Die junge Nonne“ lebhaft verzichtet haben; aber sie machte ihre Sache so vorzüglich, daß Stürmer diese Form der Darstellung gar nicht in Uebel nehmen konnte. - Immerhin war es interessant, dem Vortragenden zuzuhören, wenn er auch manchmal befiehende, traurige Wahrheiten über den Stand der jetzigen musikalischen Kultur etwas beifend hervorbrachte - aber er meinte ja nicht „die“, die am Ende waren, sondern die „andern“; allgemeinen Beifall sollte das Publikum seinen Warnungen über den Aufbau der musikalischen Kultur in Theater, Konzert und auch im Unterricht. Stürmers Gedanken haben entschieden gesunde Kraft und wäre es wohl zu

empfehlen, solche vor einem ganz großen Publikum durch diesen selben Vortrag wirken zu lassen.

Kunst und Wissenschaft.

Der Naderverein, der über 20 Mitglieder zählt, hat zum 1. Vorsitzenden den Maler Bajer-Badenweiler gewählt. Dem weiteren Vorstand gehören an: Prof. Konz-Karlsruhe, Akademiedirektor Haujeu, Maler Hausmann, Maler Nibel, Galeriedirektor Prof. Storz, Prof. Guha Wolf und als geschäftlicher Leiter die Herren Grohe und Amisrichter Trautmann.

Personalien. Der Privatdozent der Deutschen Literaturgeschichte an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Dr. Karl Holl, hat den an ihn ergangenen Ruf als ordentlicher Professor der deutschen Philologie an die Reichsuniversität Peking (China) abgelehnt. - Der o. Professor an der Technischen Hochschule in München, Dr. Heinrich Liebmann hat einen Ruf auf den durch den Tod des Geheimrats Prof. Dr. Stadel erledigten Lehrstuhl für Mathematik an der Universität Heidelberg erhalten und angenommen. Dr. Liebmann, ein geborener Straßburger (geb. 1874), war 1897/98 Assistent bei Prof. Klein in Göttingen, habilitierte sich 1899 in Leipzig und erhielt dort 1905 die Ernennung zum außerordentlichem a. o. Professor. 1910 übernahm Liebmann ein neuerrichtetes Extraordinariat an der Technischen Hochschule in München, wo er später Titel und Rang eines ordentlichen Professors erhielt. Sein Spezialgebiet ist Geometrie, besonders nichteuklidische. - In Freiburg i. B. verließ der ord. Professor der Chemie und Technologie an der dortigen Universität Geh. Hofrat Dr. Ludwig Gattermann im 61. Lebensjahre. Gebürtig aus Goslar, kam er 1889 nach Heidelberg, wurde hier später a. o. Professor für organische Chemie und siedelte 1900 als Ordinarius nach Freiburg über. Sein Buch „Die Praxis des organischen Chemikers“ erschien 1917 in 13. Auflage. - Der Verlagsbuchhändler Eugen Dietrichs (Jena) stiftete für die Universität Jena 50 000 Mk. zur Erteilung eines Lehrauftrags für deutsche, besonders thüringische Volkshunde.

Die Volksschule im Besoldungsgezet.

Durch das neue Besoldungsgezet wird auch eine Bewertung der Volksschule ausgedrückt, indem die an ihr wirkenden Kräfte zum erstenmal restlos im Tarif erscheinen. Damit ist ein alter Wunsch der Volksschullehrer erfüllt worden, der, so oft er früher auch gestellt, aus den verschiedensten Gründen und von den verschiedensten Seiten immer wieder abgelehnt worden war. An anerkeunenden Worten für die Volksschule und die an ihr geleistete und zu leistende Arbeit hat es zwar fast nie gefehlt. Es ließe sich eine ununterbrochene Reihe legen von dem einfachsten Manne bis hinauf zu den höchsten Stellen des alten Systems, deren Glieder sich in den überschweblichsten Worten über den Wert und die Schwere der Arbeit in der Volksschule verbreiteten. Wenn es sich aber dann darum handelte, diese wohlwollende Gesinnung in die Tat umzusetzen, dann setzte das Werk wegen des so auffällig erkennbaren Widerspruchs von Wort und Tat in berechnetes Erkranken.

Wenn nun mit der Einreichung der Volksschule in den staatlichen Gehaltsstarif auch ein Wunsch der Lehrerschaft in Erfüllung gegangen ist, so ist damit nicht auch gesagt, daß die Lösung der Frage bei den Lehrern Befriedigung hervorgerufen habe. Gar zu leicht daher weitere Kräfte geneigt — und an Beispielen fehlt es nicht — die Lehrer wieder als die „emig Unzufriedenen“ zu bezeichnen. Aber schon allein die Tatsache, daß die nichterfüllten Forderungen der Lehrerschaft, wenn auch nur kurze Zeit, vom Beamtenbund und hauptsächlich beinahe bis zur letzten Stunde auch von den politischen Parteien anerkannt und vertreten wurden, zeigt die Ungeheuerlichkeit einer solchen Behauptung. Noch weniger aber wird man zu einer solchen Beurteilung kommen können, wenn man die tatsächliche Einwirkung aller mit dem Volksschulwesen zusammenhängenden Beamten kennt. Es wird dann mancher, der für die Schule des breiten Volkes ein Empfinden hat, mit den Lehrern darin übereinstimmen, daß man dieser Schularbeit Gewalt und bitter Unrecht getan hat.

Die Lehrergruppen vom Volksschullehrer bis hinauf zum Akademiker hatten folgende Forderung erhoben: Jede Gruppe ist in zwei Klassen zu einteilen, daß die Endstellung der einen in die Anfangsstellung der andern hineinreicht; die Volksschullehrer sind also in Klasse 8 und 9, die Real-, Zeichenlehrer usw. in Klasse 9 und 10 und die Professoren in Klasse 10 und 11 einzureihen, und sie begründeten diese Forderung mit der Wesensgleichheit ihrer Tätigkeit. Es war für manchen Uneingeweihten etwas Neues, die Bewertung einer Arbeit abzuwägen im Vergleich zu einer andern, die innerlich mit ihr verwandt ist. Und doch ist das eigentlich ganz selbstverständlich. Die Arbeit aller Lehrenden von der Volks- bis zur Höheren Schule ist in ihrem Wesen die gleiche; alle arbeiten sie an der Erziehung und Bildung junger Menschen mit den gleichen Mitteln und ähnlichem Stoffe. Sie alle betrachten daher ihre Arbeit als eine wesensgleiche. Und es wird wohl nicht als „Aberhebung“ oder „Einköpfung“ angesehen werden, wenn ich über den Wert der Tätigkeit eines Volksschullehrers das Urteil eines Hochschullehrers, des Professors und Pädagogen Rein in Jena, anführe, das er schon im Jahre 1909 fällte. Er schrieb: „Ein einfacher Landlehrer, der in seiner Gemeinde als in sich gefestigter Charakter segensreich auf den Nachwuchs der einander folgenden Schülergenerationen einzuwirken mußte, hat eine weit größere Arbeit im nationalen Sinne geleistet als etwa ein Gymnasialprofessor, der als Klassenlehrer durch Jahre hindurch die Penen seiner Grammatik in gleicher Weise verarbeitete. . . Über die Welt urteilt nach dem Schein; das liebe Publikum sieht nach Titel und Rang und bemißt darnach den Wert.“

Und so kam es bei der Erledigung der Besoldungsfrage. Trotz der anerkennenden Festigkeit des Unterrichtsministers bis zum letzten Augenblick (das U. M. war von Anfang an für die Forderung der Lehrer eingetreten), trotz der Verpöndungen der Parteien, trotz Volksregierung und Volksstaat und Volksvertreter erfuhr die Volksschule, und gerade nur sie, eine Einschätzung, die man einfach nicht verstehen kann. Die Volksschullehrer wurden in Klasse 7 eingereiht und feigen nach 12 Dienstjahren nach 8 auf. Ihre Anfangsklasse ist also 7. Klasse 8 ist nicht Anfangsklasse für eine Lehrerschaft von Bedeutung. Dann beginnen in Klasse 9 die Lehrergruppen an den andern Schularten. Es ist also schon bei oberflächlicher Betrachtung des Tarifs eine scharfe Trennung nach Befähigung an Volksschule u. gehobener Schule zu erkennen. Nun besteht die durchsichtige Ansicht, diese Sätze dadurch auszufüllen, daß man die Oberlehrer in Klasse 9 einreihen und ihnen Aufsichtrechte geben will. Die Übertragung von Aufsichtrechten an die Oberlehrer wird einen Sturm in der gesamten Lehrerschaft entfachen, der nicht zu unterschätzen sein wird. Die Befähigung ist eine so subjektive, eine so im Wesen des einzelnen Lehrers wurzelnde und durch ihn allein zu befruchtende und belebende, daß zu viel Aufsicht mehr schadet als nützt. Die freischulamtliche Aufsicht genügt. Eine Zwischeninstanz stößt auf den entschiedenen Widerpruch aller Lehrer. Auch für den Oberlehrer ist die Haupttätigkeit die Arbeit in seiner eigenen Klasse. Die notwendige Verwaltungstätigkeit muß durch eine Zulage entlohnt werden. Das liegt im Wesen dieser nebenamtlichen Tätigkeit begründet.

Aber nicht nur die Volksschullehrer, auch alle an ihr wirkenden Personen aus Reallehrer- oder Akademikerkreisen sind in auffälliger Weise hinter ihre an den Höheren Schulen wirkenden Kollegen zurückgesetzt. Dazu nur einige Beispiele: Die aus den Reihen der Reallehrer zu Volksschulrektoren beförderten Schulbeamten verbleiben in Klasse 9, trotzdem sie meistens über 20 Lehrer und ein Vielfaches an Schülern unter sich haben, wie an den vorhergehenden Anstalt, während ihre an den Mittelschulen verbleibenden Kollegen nach Klasse 10 aufrücken. Aber es sind ihre Untergebenen eben nur Volksschullehrer und nur Volksschüler. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Direktoren der arbeits-

ren sechs- und siebenklassigen Höheren Schulen und den Kreislehrern. Die ersten sind in Klasse 12 eingereiht, während die Kreislehrer außer in Karlsruhe und Mannheim nur nach Klasse 10 und 11 kommen können. Es ergeben sich hieraus folgende Wertwürdigkeiten: Das Realprogrammstudium Waldshut, eine siebenklassige Höhere Schule, zählt 15 Lehrer und 274 Schüler; das Kreisstudium 24 Lehrer und 10549 Schüler. Dem Kreisstudium unterstehen also annähernd soviel Lehrer, als dem Direktor des R. P. G. Schüler. Trotzdem ist der Direktor von vornherein in Klasse 12 eingereiht, während der Kreisstudium jedenfalls in Klasse 10 verbleibt, da Waldshut wahrscheinlich nicht zu den im Gesetz vorgesehenen „gehobenen“ Kreisstudienstellen gehören wird. Noch krasser liegen die Verhältnisse anderwärts. B. D. Göring, Realschule 8 Lehrer, 216 Schüler. Kreisstudium 209 Lehrer, 14994 Schüler. Realschule Rehl 9: 237; Kreisstudium 311: 17407. Realschule Breiten 9: 257; Kreisstudium 727: 32980. Realschule Wiesloch 13: 312; Kreisstudium 366: 23083.*

Das sind die größten dieser Höheren Lehranstalten, deren Direktoren also wohl nach dem Gesetz in Klasse 12 eingereiht werden. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Kreisstudien, die in der Regel doch erst in gereiften Jahren in ihr verantwortungsvolles Amt hineinkommen, wie der jüngste Professor erst 5 Jahre in Klasse 9 zubringen müssen und dann erst nach Klasse 10 aufsteigen. Der eine oder andere der hier in Betracht gezogenen Kreisstudien mag vielleicht, weil auf einer „gehobenen Stelle“, auch nach Klasse 11 kommen; aber die Klasse 12, in der sich die angehenden Direktoren ohne weiteres befinden, erreicht keiner.

Die Beispiele ließen sich mehren, aus denen ersichtlich ist, wie minderwertig die Arbeit an der Erziehung der Masse des Volkes eingeschätzt wird. Wenn man diese Verhältnisse genau kennt und weiß, daß sie nicht etwa eine überlieferte Formel aus vergangenen Tagen sind, sondern ein Werk der vom Vertrauen des Volkes getragenen, in der Zeit der Volksbefreiung geschaffenen Regierungsgewalt, dann wird man die Unzufriedenheit der Volksschullehrer und weiter anderer Kreise verstehen. Wir Lehrer erwarten von jeder Stelle, ob Staat oder Gemeinde, die sich mit der Einschätzung der Volksschule befassen muß, Gerechtigkeit. Was bis jetzt geschehen ist, ist eine Herabsetzung und Herabwürdigung der Volksschule, gegen die an ihr wirkenden Kräfte in gerechter Entrüstung Verwahrung einlegen müssen, die aber auch in den Kreisen derer, die ihre Kinder während der ganzen Ausbildungszeit nur der Volksschule anvertrauen, schärfsten Widerspruch hervorrufen sollte.

* Die Zahlen sind der neuesten Ausgabe des Badischen Schulatlas und des Jahrbuchs für die Höheren Schulen entnommen.

Badischer Landtag. Annahme des Kultusbudgets. (Eigener Bericht.)

Das Haus vollendete gestern die Beratung des Staatsvoranschlags für das Ministerium des Kultus und Unterrichts. In der Einzelberatung brachte die der Position „Unterstützung“ K. S. B. Berger u. a. feinen bereits früher geäußerten Wunsch um partielle Besetzung der Lehrkräfte an den Universitäten unter Berücksichtigung der demokratischen Professoren wieder vor. Minister Summe l. sagte, daß die Besetzung der Lehrkräfte an den Universitäten ein wichtiger Punkt der Kulturpolitik sei und daß die Besetzung der Lehrkräfte an den Universitäten ein wichtiger Punkt der Kulturpolitik sei. Die Besetzung der Lehrkräfte an den Universitäten ein wichtiger Punkt der Kulturpolitik sei. Die Besetzung der Lehrkräfte an den Universitäten ein wichtiger Punkt der Kulturpolitik sei.

Bei der Position „Gymnasien“ ersuchte in Verbindung mit dem Abgeordneten Schön der demokratische Abgeordnete Dr. Vetter um amtliche Auskunft über die vor einigen Tagen durch die Presse gegebene Mitteilung, es würden die drei höchsten Gymnasien des Landes Wertheim, Donaueschingen und Biberach aufgehoben. D. Vetter setzte sich für die Erhaltung des humanistischen Gymnasiums ein und betonte den Wert der lateinischen und griechischen Sprache im öffentlichen Leben. Gemühten wurde sich, daß die Besetzung der Lehrkräfte an den Universitäten ein wichtiger Punkt der Kulturpolitik sei.

Der Schulbeginn werde im ganzen Reich einheitlich geregelt und wahrscheinlich auf Ostern festgelegt. Die besonderen Verhältnisse in Biberach haben die Regierung veranlaßt, für die Errichtung einer neuen Realschule in den Nachtrag zum Staatsvoranschlag eine Anordnung einzufügen. Im übrigen aber möchten die Abgeordneten, wenn die Gemeinden mit Wünschen auf Errichtung neuer Anstalten an sie herantraten, sie auf die finanzielle Lage des Staates aufmerksam machen. Für die eingehende Beratung dieser Fragen eine sich der feinerzeit vom Landtag beschlossene Schulausschuss. Bei der Position „Lehrerbildungsanstalten“ regte D. Vetter mit Rücksicht auf den Rückgang der Zahl der Schüler und eine Einschränkung des Zugangs zum Lehrberuf an, Minister Summe l. entgegnete, eine vollständige Ausschaltung der männlichen Lehrer bei der Erziehung der weiblichen Jugend empfehle sich nicht. Eine Entlassung weiblicher Lehrpersonen nach der Rückkehr der Lehrer aus dem Krieges sei vermieden worden, dagegen werden verdrängte Lehrerinnen, die während des Krieges unter der Voraussetzung, daß sie nur für diese Zeit übernommen werden, eingestellt wurden, des Dienstes entlassen werden. Der Zugang zum Lehrberuf wurde bereits eingeschränkt. Bei der Position „Lehrerbildungsanstalten“ verlangte Großhans die Unterbindung der Zurechnung. Minister Summe l. sagte, daß die Unterbindung der Zurechnung zu dem Ministerium bedeute den Wunsch, mit den Organisationsaufgaben zu arbeiten. Bei „Lehrerbildungsanstalten“ regte D. Vetter an, es möge das Ministerium an den schulpflichtigen Reichsbürgern nicht zu fern im Juni vorgenommen werden, weil verschiedene Möglichkeiten vorliegen. Der Minister, für die Abweisung einer Realschule von der Derrschule in Pforzheim werden in den Nachtrag Mittel einbehalten. D. Vetter hat verlangt, bei der Position „Gehälter und Gehaltszuschüsse“ Verbesserung der Gehaltsbedingungen und betrat dabei die Forderungen der Gewerbeschulmänner. Den Gewerbeschul-

leitern für ihre aufreibende und feindselige Arbeit wohlverdienten Dank. Sie seien als Instruktoren für die Betriebsräte die geeigneten Kräfte. Spengler und Raab vertraten ähnliche Forderungen; Raab wünschte die Errichtung einer Zimmermeisterfachschule. Minister Summe l. erinnerte daran, daß durch den Wegfall der gedruckten Jahresberichte der Höheren Schulen dem Staat etwa 100 000 M. erspart werden. Bei den organisatorischen Anforderungen sollten die Anträge auch die wirtschaftliche Seite berücksichtigen. Notwendig sei ein Wandel in den Anschauungen gewisser Teile des Volkes über das Handwerk, wie ihn der Abgeordnete Niederbühl bereits angeregt habe. Die heutige Verfassung des Volksschulwesens entspräche den Anforderungen der neuen Zeit nicht mehr, allein da sei nicht die jetzige Regierung Schuld, es hätte hier schon vor Jahren bessernd eingegriffen werden müssen. Auch die Fachschulfrage sollte im Schulausschuss eingehend beraten werden. Die jetzige Lage des Gewerbeschulwesens sei gekennzeichnet durch den Mangel an geeigneten Lehrkräften und den Mangel an Schulräumen. Der erste Umstand lasse sich leichter beseitigen als der zweite. Die Vorbildung der Gewerbeschul-Lehrer sollte auf eine neue, einheitliche Grundlage gestellt werden. Die Reichsschulinspektoren habe hier wertvolle Anregungen gegeben. 172 Orte des Landes haben sich bereit erklärt, sich an Bezirksgewerbeschulen zu beteiligen; 50 derartige Schulverbände seien bereits errichtet. In der Zukunft müsse dafür gesorgt werden, daß unsere Schule nicht untergehen werde in eine Schule des wertlosen Volkes und in eine Schule des nichtwertvollen Volkes, sondern unsere Schule müsse im ganzen werden eine Werkstätte.

Beim „Volksschulwesen“ richtete Dr. Schofer an den Minister die Anfrage, ob ein Beschluß der Reichsschulinspektoren über die Ausschaltung des Aufsichtsrats der Kirche bei der Erteilung des Religionsunterrichts vorliege. Sollte das der Fall sein, dann würde das gläubige Volk ausfallen von Konstant bis Wertheim und der Schulfreistände im ganzen Lande einsehen. D. Vetter, Reichsminister, erklärte Dr. Schofer in dieser Angelegenheit. Minister Summe l. erwiderte: Auf der Reichsschulinspektoren hat keine Zustimmung stattgefunden; es ist auch keine Entscheidung der Regierung der einzelnen Länder, also auch nicht der badischen, erfolgt. In den Ausschüssen, in denen ich tätig war, habe ich die Stellung der badischen Regierung in jeder Hinsicht gewahrt. Es liegt kein Grund vor irgend einer Beurlaubung vor, da die Regierung auf der Reichsschulinspektoren nicht nur freie Hand hatten, sondern diese freie Hand von vornherein haben wollten. Die Frage selbst war früher Gegenstand der Beratung des Reichsschulausschusses und dabei habe ich darauf hingewiesen, daß wir nicht nur ein politisches und tatsächliches Interesse an der Aufrechterhaltung des bei uns herrschenden Zustandes haben, sondern daß vom rein völkischen Standpunkte aus zur Beurteilung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts die Kirche selbst die einzig richtige Stelle ist. Dieser Zustand wird bei uns seine Fortsetzung finden. Im Reichsschulausschuss habe ich ferner den Standpunkt vertreten, daß auch die Aufstellung des Lehrplans der Kirche überlassen bleiben muß. Bei uns sind die Verhältnisse geregelt; die Kirche stellt den Lehrplan auf und der Staat vertritt ihn. Dieser Zustand ist der einzig mögliche, der uns den konfessionellen Frieden bewahrt und erhalten hat. Wir haben kein Interesse daran, in der Zukunft etwas zu ändern. Die Frage liegt nach wie vor Sache der Gesetzgebung der Länder. Dr. Schofer erklärte, die Ausführungen des Ministers haben beruhigend gewirkt; aber brauchen im Lande sei bereits eine Beurlaubung vorhanden, daher solle der Minister für möglichst rasche Verbreitung seiner Darlegungen sorgen. Wenn er bei der Dezentralisation des bisherigen Standpunktes weiter vertritt, dann werde er stets das Zentrum hinter sich haben. Weiter gab Dr. Schofer seiner Freude über die Haltung des Ministers in der Frage der Aufstellung des Lehrplans Ausdruck; die Zentrumsfractionsfraktion bringe ihm daher in dieser Angelegenheit ihr volles Vertrauen entgegen.

Eine Reihe von Resolutionen wurden ohne nennenswerte Beachtung erledigt. Zur Position „Landeshauptstadt“ erklärte Dr. Schofer, seine Fraktion werde, nachdem der Vertrag rechtskräftig geworden sei, nun für die Position stimmen; Mayer-Karlsruhe erklärte daselbst. G. d. Fraktion verlangte die Aufhebung der Städte zur Bildung des Volkes. Dr. Schofer meinte, daß Landeshaushalter sei in anderer Linie ein Institut der Stadt Karlsruhe und daher müsse eben die Stadt Karlsruhe auch die Kosten dafür aufbringen. Dr. G. d. Fraktion gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß vom Zentrum nur die Rechtschaffenheit des Vertrages anerkannt wurde.

Schließlich wurde der Staatsvoranschlag in der vom Staatsrat abgeänderten Fassung genehmigt; die Administrativ-Erträge wurden bewilligt und die Kriegskredite für unbeanstandet erklärt, desgleichen die Kriegskredite für das Ministerium des auswärtigen Amtes. Die nächste Sitzung beginnt am Mittwoch, nachmittags 1/2 Uhr (keine Vorlagen).

Der Schulausschuss.

Der Landtag hatte bereits vor einigen Monaten einstimmig einen Antrag auf Bildung eines Schulausschusses, der Fragen organisatorischer Art und auch andere Fragen des Schul- und Erziehungswesens vorbereiten soll, angenommen. Unterrichtsminister Summe l. erinnerte in den letzten Tagen bei der Beratung des Voranschlags für das Ministerium des Kultus und Unterrichts wiederholt daran, daß dieser Ausschuss noch nicht gebildet sei. Bisherien teilten nur die einzelnen Fraktionen mit, daß sie beabsichtigen, folgende Abgeordnete als Ausschussmitglieder zu bestimmen: von der linksliberalen Fraktion: Fraktion: Walter-Seibler, Beckmann, Strobel, Dr. Kraus, Wehner, Dr. Königberger; von der Zentrum: Weidemann, Franz Riegel, Bödel, Martin, Gertmann, Dr. Bernauer; von der demokratischen Fraktion: Dr. Göttsche, D. Goldemann, Heine, Stork; von der deutschen nationalen Fraktion: Karl.

Zur Verbesserung der Gemeindefinanzen.

Die erste Lage der Finanzen der Gemeinden, insbesondere der Städte, hat sich durch die übertriebene Reichsfinanzreform in bedenklicher Weise verschärft. Den Gemeinden wurde am 1. April 1920 die Umlageerhebung aus Einkommen vom Reich unterlagert und damit ihnen die ergebliche Einnahmequelle, die geradezu das Rückgrat der Finanzen bildet, wegggenommen und der hierfür bestimmte Ertrag aus dem Ertrag der Reichseinkommensteuer kann den Gemeinden noch gar nicht zur Verfügung gestellt werden und der Zeitpunkt, bis wann dies möglich sein wird, läßt sich überhaupt noch nicht angeben. Die Reichseinkommensteuer, die zwar vom 1. April d. J. schon in Kraft ist, wird aber frühestens auf Ende dieses oder Anfang des nächsten Jahres einen Ertrag abwerfen. Aus dem Ertrag der Reichseinkommensteuer sollen aber die Gemeinden Ertrag für den Ertrag der Umlagen aus Einkommen in der Weise erhalten, daß ihnen aus der Reichskasse ein Betrag erhebt wird, der dem Umlageeinkommen aus Einkommen im Jahr 1919 zuzüglich einer Steigerung von 25 Prozent gleichkommt. Da die Höhe dieses Ertragsbetrags zahlenmäßig noch nicht feststeht, ist die Aufstellung des Gemeindevoranschlags ungemein erschwert; es kann ebenso wenig schon jetzt bestimmt wer-

den, wie viele Einnahmen die Gemeinde sich über den Ertrag vom Reich hinaus beschaffen muß.

Unter diesen Umständen ist es den Gemeinden nicht zu verdenken, wenn sie von jeder Möglichkeit, auch wenn im einzelnen Fall etwa Bedenken dagegen bestehen sollten, sich weitere Einnahmequellen zu erschließen, Gebrauch machen.

So will die Stadtgemeinde Karlsruhe für das Jahr 1. April 1920/21 die nach den Bestimmungen des badischen Vermögenssteuergesetzes im Jahr 1919 für das Kalenderjahr 1920 veranlagten Werte des Liegenschafts- und Betriebsvermögens auch zur Gemeindesteuer heranziehen, wozu der Gemeinden das vom Landtag unterm 20. Juni beschlossene Gesetz das Recht einräumt.

Nach dem Landessteuergesetz dürfen die Länder und Gemeinden befreit vom 1. April 1920 an keine Einkommen- und Vermögenssteuer mehr erheben. Das Reich hat aber wegen der Vermögensbesteuerung nur den Zugriff auf den Ertrag des Kapitalvermögens für sich in Anspruch genommen, die Besteuerung der Liegenschafts- und Betriebsvermögens, jedoch nur in der Form einer Ertragsbesteuerung, den Ländern und Gemeinden überlassen. Baden hat sich bis jetzt noch nicht endgültig schlüssig machen können, in welcher Form es diese Besteuerung durchführen will. Das veraltete und ungerechte System der Ertragsbesteuerung eignet sich hierzu keineswegs. Wohl aus diesem Grund hat die badische Regierung dem Landtag den von ihm auch angenommenen Gesetzesentwurf unterbreitet, zunächst einmal im Jahr 1. April 1920/21 das Liegenschafts- und Betriebsvermögen, wie es nach den Bestimmungen des Vermögenssteuergesetzes, jedoch ohne Säuldenabzug, festgesetzt worden ist, mit dem bisherigen Steuerfuß von 13 Pfg. für 100 M. Steuerwert zu besteuern. In diesem Gesetz werden die Gemeinden ermächtigt, im Steuerjahr 1920 bis zu 150 Proz. jener Umlageerträge vom Liegenschafts- und Betriebsvermögen zu erheben, die im Steuerjahr 1919 erhoben worden sind. Um ihre Wirtschaft weiterführen zu können, muß sich die Stadt Karlsruhe schon jetzt Einnahmen verschaffen, und sie will deshalb die Steuerwerte des Liegenschafts- und Betriebsvermögens zum bisherigen Umlagefuß zur Gemeindebesteuerung heranziehen, aber vorerst noch von einer Erhöhung des Steuerfußes bis zum gesetzlichen Höchstbetrag absehen. Es wird nach dem Beschluß des Bürgerausschusses vom 23. Juni ein Steuerfuß von 104 Pfg. für 100 M. Steuerwert erhoben und damit ein Ertrag von jährlich etwa 5 Millionen Mark erzielt.

Eine weitere Einnahme ist den Gemeinden vom 1. Oktober v. J. durch das Reichsgesetz über die Grunderwerbsteuer entzogen worden. Bis zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes über Grunderwerbsteuer unterlag in Baden der Grunderwerb an Grundstücken einer Grunderwerbsteuer von 2 1/2 Proz. des Verkaufswertes. Dazu konnten die Gemeinden, die mehr als 20 Pfg. Umlage aus 100 M. Liegenschaftsvermögen erhoben, einen Gemeindezuschlag von 1/2 Proz. zu der Staatssteuer erheben. Die Reichsgrunderwerbsteuer belastet den Uebergang des Eigentums an inländischen Grundstücken mit einer Abgabe von 4 Proz. Bei dem Umlage entzogenen Grundbesitz der toten Hand ist alle 20 Jahre eine Steuer von 2 Proz. zu entrichten. Von der Steuer befreit das Reich die Hälfte und von jener des gebundenen Vermögens 1/2 und überläßt es den Ländern, über die Verwendung des Reiches Bestimmung zu treffen, wobei es ihnen freisteht, ihn ganz oder teilweise den Gemeinden zu überlassen. Nach dem dem Landtag derzeit vorliegenden Gesetzesentwurf beantragt die badische Regierung den freigegebenen Anteil des Steuerertrags ganz für sich und verweist die Gemeinden auf die ihnen gesetzlich angebilligte Erhebung eines Zuschlages von 1 Proz., wovon wohl alle Städteordnungsstädte Gebrauch machen würden und werden. (Karlsruhe hat in der erwähnten Bürgerausschussung den Zuschlag beschlossen. D. Red.) Auch die badische Regierung wird von dem ihr zuteilenden Recht, einen Zuschlag von 1 Proz. für die Staatskasse zu erheben, Gebrauch machen. Dadurch wird die bisherige Besteuerung des Grundbesitzsumsatzes von 3 Proz. verdoppelt. Von der gesamten Steuer mit zusammen 6 Proz. entfallen dann, soweit der freie Grundbesitz in Betracht kommt, je 2 Prozent auf Reich, Staat und Gemeinde. Die neu eingeführte alle neunzig Jahre einretrende Besteuerung des gebundenen Grundbesitzes kommt erstmals im Jahr 1920 zur Erhebung. Der Ertrag des bisherigen hundertprozentigen Gemeindezuschlags schwankte in Karlsruhe im Jahr zwischen 24 673 M. und 225 117 M. Der Anteil der Stadt Karlsruhe an dem Ertrag der Grunderwerbsteuer wird sich künftig somit verdreifachen. In die Karlsruher Steuerordnung, die den Bestimmungen des Reichsgesetzes angepaßt ist, sind auch die Vorbehalte des Landesgesetzentwurfs übernommen worden, um eine völlige Uebereinstimmung im Vollzug mit dem Reichsgesetz zu erzielen.

Nicht ganz unbedenklich ist es, daß die Steuerordnung über die Erhebung eines Gemeindezuschlags schon jetzt mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1919 in Kraft treten soll, bevor der badische Gesetzesentwurf vom Landtag verabschiedet ist. Es ist zwar anzunehmen, aber doch nicht ganz sicher, daß der Gesetzesentwurf im Landtag keine wesentlichen Änderungen erfahren wird.

Sozialpolitische Rundschau.

Höhere Zulagen zu Renten in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Durch Reichsgesetz vom 20. Mai 1920 erhalten vom 1. Juli 1920 ab die Empfänger einer Invaliden-, Kranken- oder Altersrente eine monatliche Zulage von 30 M. (bisher 20 M.), die Empfänger einer Witwen- oder Hinterbliebenenrente eine solche von 15 M. (bisher 10 M.). Außerdem erhalten die Empfänger einer Waisenrente, sofern ihnen nicht auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes eine Militärrentenrente bewilligt ist, eine Zulage von 10 M. monatlich. Der Umfang der Zulage ist bisher auf der Rentengattung nicht verschieden. Für die Kriegsbefehlshaber-Renteneinkäufer, die eine Militärrente von über 96% Prozent beziehen, sowie für die Kriegsbefehlshaber sind besondere Bestimmungen getroffen; sie erhalten ihre bisherige Zulage von 20 M. oder 10 M. monatlich noch bis 31. Dezember 1920.

Landeskonferenz der Freien Vereinigung badischer Krankenkassen.

Unter dem 24. d. M. fand im Karlsruher Krankenkassengebäude eine Landeskonferenz der Kassenpräsidenten und der Geschäftsführer statt, zu der aus allen Landesstellen über 100 Vertreter erschienen waren.

Ueber die Entwicklung und den bisherigen Verlauf des vertragslosen Zustandes berichtete Verwaltungsdirektor Sigmund-Karlsruhe eingehend. Der Schiedspruch der Unparteiischen in der Honorarfrage lautete derart, daß die Kassenverbände diesem nur mit Vorbehalt einer feilen Begrenzung zustimmen konnten.

Ueber diese Fragen entspann sich eine äußerst lebhafteste Debatte, in der man das Vorgehen der führenden Persönlichkeiten nicht in allen Punkten als befriedigend bezeichnete.

1. Der vertragslose Zustand in Baden wird in kürzester Frist beendet;

2. Die Ärzte berechnen ihre Gebühren nach den durch den Schiedspruch festgesetzten Honoraren für Einzelleistungen, ohne daß sie direkte Bezahlung durch den Patienten verlangen;

3. Die Krankenkassen verpflichten sich zur Zahlung der hiernach festzulegenden Beiträge, soweit sie nach der zwischen der Freien Vereinigung badischer Krankenkassen und der Badischen Arbeitsgemeinschaft abzuschließenden Vereinbarung als richtig anzusehen werden;

4. es wird beiderseits anerkannt, daß örtliche Vereinbarungen abgeschlossen werden können, daß auch in der Honorarfrage diese örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen sind und daß deshalb die Fisser 2 nur unter Berücksichtigung dieser örtlichen Verhältnisse Gültigkeit hat;

5. falls örtliche Vereinbarungen nicht zustande kommen, unterwerfen sich beide Teile einem unter Vorsitz eines Unparteiischen einzuberufenden gleichmäßig besetzten Schiedsgericht.

Von den weiteren Verhandlungsgegenständen, die auf Vortrag Sigmund-Karlsruhe erledigt wurden, sind noch hervorzuheben: Der Landesverein badischer Apotheker wünscht die rabattfreie Berechnung der Gefäße auf Grund der abnorm hohen Einkaufspreise usw., womit sich die Versammlung einverstanden erklärte.

Die neuesten Beschlüsse des Tarifausschusses zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Angestellten werden gutgeheißen.

Mit den Zahnärzten und Zahntechnikern soll in aller Eile zur Regelung eines Landesvertrags in mündliche Verhandlungen eingetreten werden.

Die Herausgabe eines eigenen Verbandsorganes muß bis auf weiteres wegen Unrentabilität infolge der derzeitigen hohen Materialpreise unterbleiben.

Vom dem Ausbau des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperlichkeitsbeamte nach dem jetzigen Regierungsentwurf wird mit Befriedigung Kenntnis genommen, wenn schon nicht alle laienförmigen Wünsche darin erfüllt wurden.

Ein engeres Zusammenarbeiten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung mit der Krankenversicherung bei der Durchführung der Heilverfahren erscheint dringend angezeigt, und die Freie Vereinigung badischer Krankenkassen wird die vom Reichsversicherungsamt herausgegebenen Richtlinien gerne durchführen.

Nachdem noch zwei Gesetzentwürfe über Änderungen der Reichsversicherungsordnung und über die Arbeitslosen-Versicherung in aller Kürze erörtert waren, wurde ganz besonders auf das Gesetz über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen vom 12. Mai 1920 hingewiesen, das die ganze Weltbehandlung den Krankenkassen überträgt und wodurch gerade wie bei der Arbeitslosen-Versicherung diesen Trägern der Reichsversicherung neue gewaltige Aufgaben zufallen.

Nach vierstündiger Beratung schloß der Versammlungsleiter Oberle-Karlsruhe die Konferenz mit den üblichen Dankesworten an die Erschienenen.

Aus Baden.

Aufhebung des Hausarrestes.

Aut amtlicher Mitteilung wird von der Durchführung des Verbotes der Ausfuhr von Sen aus Baden nach anderen deutschen Ländern Kenntnis gegeben. Damit sind sämtliche Beschränkungen des Verkehrs mit Sen im Inland beseitigt. Die Ausfuhr von Sen nach dem Reichsland ist auch weiterhin untersagt.

Manheim, 25. Juni. Eine Zweigstelle des Reichswanderamts ist als öffentliche Auskunftsstelle für Aus-, Rück- und Einwanderer hier (Schloß, östl. Flügel) errichtet worden.

Heidelberg, 25. Juni. Die kürzlich an Württemberg eingetragenen 17 Personen, befinden sich auf dem Wege der Besserung. Nachträglich wird bekannt, daß auch in Friedrichsfeld und Mannheim Erkrankungen durch den Genuß von Wurst hervorgerufen worden sind. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Mosbach, 25. Juni. Das 4jähr. Söhnchen des Bäckermeisters Wilh. Jung kürzte von der Scheuer auf die Tenne und war sofort tot.

Dossenbach b. Säckingen, 25. Juni. Beim Hineinfahren geriet Kreisstraßenwärter a. D. D. Haug unter den schweren Wagen, wurde überfahren und getötet.

Ueberlingen, 25. Juni. Auf dem hiesigen Markt sind die Kirchengewinne auf 90 Bfg. bis 1.10 M. gesunken.

An unsere Leser!

Die bevorstehende Konferenz von Spa lenkt die Aufmerksamkeit auf diejenigen Paragraphen des Friedensvertrags, auf Grund deren sich in den nächsten Wochen das Schicksal und die nächste Zukunft der Welt und im Besonderen Deutschlands entscheidet.

Um unsern Lesern Gelegenheit zu geben, sich mit dem Gegenstand der Verhandlungen vertraut zu machen, werden wir demnächst in unseren Spalten die in Frage kommenden Bestimmungen des Friedensvertrags in fortlaufenden Abschnitten zum Ausdruck bringen. Wir empfehlen dieselben auszuschneiden und zu sammeln.

Aus dem Stadtkreise.

Die Wetterlage.

Flache Tiefdruckgebiete, die sich über dem Festlande ausbreiteten, haben in den Tagen vom 18. bis 21. Juni in Baden wieder stürmische Gewitter gebracht. Nach dem Gewittermeldeamt der Landeswetterdienste kamen am 18. Juni vereinzelt in der östlichen Rheinebene von Baden bis Saalbach, im mittleren badischen Neckartal, bei Neuenburg (Rhein) und im nördlichen Bodenseegebiet Gewitter vor, schwächer Hagel in Mosbach (Neckargebiet). Am 19. breiteten sich die Gewitter auf größere Landestteile aus; eine bedeutendere Gewitterfront zog um 4 Uhr nachmittags vom Rhein zwischen Neumagen und Neischnitz nach und erreichte gegen 5 Uhr 30 am Gebirgsrand. Aber auch im südlichen Hochschwarzwald, nördlich Neckar und Jagst, im Enggebirge, auf der Saar und Nahe am Alp wurden im Laufe des Tages Gewitter beobachtet. Hagel melben folgende Gemeinden: Erlenbach (Amt Vogelsberg), Nittersbach (Amt Mosbach), Weingarten (Amt Durlach), Blausbach (Amt St. Blasien), Niedergeroldsbach und Oberhof (Amt Säckingen), Großschönach (Amt Müllersdorf). Am 20. kamen nur noch im südlichen Hochschwarzwald und der Nahe am Alp Gewitter vor, Hagel auf dem Feldberg. Am 21. fielen in dem größten Teil des Landes noch kurz anhaltende Regen, ein Gewitter wurde lediglich von Bonndorf gemeldet. Nur im südlichen Schwarzwald waren die Niederschläge ergiebiger. Frühe sind in den beiden letzten Tagen, auch im Hochschwarzwald, nirgends beobachtet worden. Nur in den Tagen vom 1.-10. Juni ist es in einzelnen Gegenden zu schädlichen Nachfröhen gekommen.

Eine „diätetische“ Klage

wird uns auf den Redaktionstisch gelegt, die wir wegen ihres zeitgemäßen Inhalts hiermit der Öffentlichkeit übergeben.

Liebe Freundin! Wenn Sie mir nur net bees, daß ich so lang net g'arweie habb, derfor solle Sie heit a allerhand Reis here, was in unserm Karlsruhe paßiert ist.

Was denke Se, mer hamme jeh endlich d' Electrische durch d' Rippurekstrahl! Wann ich jeh wider von meinerer Hamstertour von Satze heimkomme, kann ich doch fassn bis zu mein Heisse fahre un brauch net die elendig lang Schilbestraß durch mich abfahre, daß mer ball der Schanfer ausseht. Unsere Siedstingvage hamme ein roter Schild, wahrseins weil do rum d' meist' Sozze wohne, es ich awer auch möglich, daß des mit der rote Farb nur Zufall isch. Denn Hallo hätte Se sehe und here misse, wie de Probewage mit dem Oberbergermeister un de Stadtrat die neue Eckerl Gerich Mol g'fahre sinn. Denn Hause Rinner, du heilige Wimbam, g'friere hamme se mit solcherer laute Stimm, daß mer nich g'merkt hat von Schwäche durch Maisbrot un Milchlosgkeit. Se sinn halt die Entziehung g'mein, die arme Berner, derfor lasse se's mehr an der Erziehung sehe, damit der Ausgleich g'schaffe isch. Un weil se an dem Tag for umsoncht hamme fahre derse, hamme de Krampe die Wage nor so g'schirmt; denn mancher von denne Knirps hatt d' Electrische nor vor Vorbeifahre kennt.

Vor jederer neue Stadtrafingung isch ein anglich, sell derse Se glaame; emol werre d' electrische Fahrkarte deiter, nochher schnelle de Unlage in d' Hah, daß d' Auge bald d' Mundperr erige, schließig hamme de Gaspreise so e Tempo nach omwe eing'illage, daß ein ganz w'belia

werd. Nächstens will ich dem Stadtrat erwal nahege, er soll derfor sorge, daß d' Fenster-scheibe von de Züre am Bahnhof öters puch werre, des lönni net schade; die sehe ja ewe immer aus wie e Verbreheralbum, so viel Fingerabdrück sinn do a'se. Daß des en gute Eindruck auf d' Fremde mache dät, kenn mer g'rad net behaupie.

Liebe Freundin, lenu Se nor froh, daß Se uff Ihr'n Reich hoch un alles selber pflanze. Die Deirung in der Stadt isch ewe grad zum Wändnufftrappe. S' Brot isch deier un spott-schlecht, do isch alles drin, nor sei Mehl. D' Eier lenu noch deiter, indem an so me Ding so niz dran isch, un schlecht lenu se manchmal noch derzu. Fleisch isch for unereins isch e Fremdwort g'weie, noch es s' Vieh aus Holland komme isch. Mer heri, daß d' Metzger sogar freisse wolke, weil se bei Lußt hamme, sich alleweil immer selber an ihrerer Würst g'ütereise, weil se d' Zeit net hole, indem se ne a' deiterich. Erbweere un Kirche lenu se nor noch d' Arbeiter un Dienstbote kenne, se e arme Supplaternbeamtenmawe kann sich den Luxus heitzutage net leisten. S' ich halt e Not, seil s' Gewe un s' Sterwe so unerschwinglich worre isch. Sinn hernah no e paar Vage überig, un holt se der Staat for d' Erbschaftssteuer; s' Spare for d' Rinner hat heit kein Wert mehr, do isch's Best', mer verbrucht sei Sach un macht sich bei Lebzeite e paar gute Dag.

Jetzt will ich Se awer net länger mit meine Klage besellige, sondst denke Se, der selge Peremas were d'reinicht Vergnügungskommissar gege mich g'weie.

Wenn Se wider Schlachtfest hamme, komme e mit Wonne un e große Korb, bis dahin seie Se inniglich geehrte von Ihrer Freundin in Krieg un Frieden. Karline Duppelana.

PS. Ebbes muß ene noch schnell verfähle, was mer jeh hier betomme solle in d' Schule. E'terwerbait solle g'wählt werre, was scheints auch so e neie Einrichtung isch, die a'letich wider aus der Mode komme. Wie die Sach gedeihelt werre soll, isch mer noch net recht klar, nor woviel hamme deron verstande, daß mir Etere künftig a e Wörte dreinrede derse, wo nig gilt.

Selbsthilfe der Verbraucher. Man schreibt uns: Die maßlosen Kirchengewinne haben die Verbraucher auf den Weg der Selbsthilfe geführt: „Helft Euch selbst“ ist jetzt die Losung! Regierung und Stadtverwaltung können keinen andern Rat mehr geben. Die Behörden geben offen und frei zu, daß sie keine Möglichkeit haben, die Entwicklung der Dbst., besonders der Kirchengewinne, zu beeinflussen. Also — Selbsthilfe! Der Karlsruher u. d. Hausfrauenbund hat in dankenswerter Weise für Karlsruhe den Käuferstreik eingeleitet, er wird hierbei von mehreren Frauenorganisationen, der Badischen Verbraucherkammer und dem Gewerkschaftsartell unterstützt. Jetzt wird es sich zeigen, ob die Verbraucher den nötigen Gemeinschaftswillen haben. Kommt er geschlossen zum Ausdruck, dann müssen die Preise fallen. Mit Ruhe und Besonnenheit kann jetzt erreicht werden, daß auch die nicht beglitterten Volkskreise Dbst zum Einkochen für die Winterzeit kaufen können. Verjagen die Verbraucher aber, dann werden die Zustände unhaltbar und Unruhen unvermeidbar sein. Jetzt haben die Verbraucher, besonders unsere Hausfrauen, das Wort. An diese richtet sich daher hauptsächlich die Aufforderung, dem Rufe des Karlsruher Hausfrauenbundes zu folgen und diesen auch sonst in seinen Zielen zu unterstützen.

Preisausstellungen für Berufs- und Liebhaber-photographen. Der Verkehrsverein erklärt, wie aus der Anzeige in heutiger Nummer ersichtlich, ein Preisausstellen zur Gewinnung künstlerischer Ansichten (Photographien) von Karlsruhe und Umgebung für die Ausschmückung neuer Verkehrschriften. Zugelassen sind Berufs- und Liebhaberphotographen. In Preisen sind insgesamt 1000 M. ausgesetzt. Aufnahmen sind bis 1. Oktober d. J. an die Geschäftsstelle des Verkehrsvereins einzureichen. Dort sind auch Abdrücke der Bedingungen erhältlich.

Unfall mit Todesfolge. Der 22 Jahre alte Student der Techn. Hochschule, Adolf Zunt aus Langensfeld, machte gestern früh zwischen 5 und 6 Uhr mit einem Kollegen im Rhein bei der Insel Nappenswörth eine Raftfahrt, wobei der Raft umkippte und die Insassen ins Wasser fielen. Während der eine Student sich durch Schwimmen retten konnte, ist Zunt ertrunken. Die mit grauer Nelkose, mit Lederbesatz, Windjacke, Domb, Holzlandalen, Hornbrille besetzte Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Diebstahl. In einem Hause der Seminarstraße wurden am 17. Juni aus einer Wohnung ein mantelbender Schlangengring mit einem Brillanten und einem Rubin, ein Paar Perlohring und ein brauner Lederhandschiff mit Werte von 2400 M. von einem unbekanntem etwa 22 Jahre alten Mann entwendet. — In der Zeit vom 18. bis 17. Juni drangen bis jetzt unbekannt Täter in einen Laden in der Bähringerstraße mit Nachschlüssel ein und entwendeten Zigarren, Zigaretten, Ansichtskarten, Vorhänge, Garderobenschänder sowie zwei Kriegsausweisen von je 1000 M. Nr. 16 290 057/28. — Am 23. Juni wurden am Rathaus hier drei Fahrräder von unbekanntem Tätern entwendet.

Chronik der Vereine.

Bereinigung von Oberbäumen im Baugewerbe. Wie in den übrigen Hauptstädten des Reiches haben sich nun auch hier die Oberbäumen im Baugewerbe zur Vertretung ihrer Interessen zu einer Gruppe: Süd-Baden, Süd-Karlsruhe, zusammengeschlossen. Zum Vorsitzenden der Gruppe wurde Professor Dr. Lorenz von der Süd-deutschen Disconto-Gesellschaft A.-G., hier, gewählt.

Veranstaltungen.

Stadtdienstkongress. Die hiesige Schülerkapelle veranstaltet am Sonntag, den 27. Juni, vormittags 12 Uhr, im Stadtpark unter der Leitung des Hauptlehrers Böllke ein Preisconcert.

Stadtschuch-Ausgabe.

Gesangsabende. 24. Juni: Theodor Saffner von hier, Sicherheitspolizei-Beamter hier, mit Katharina Metz von Bordenwehenbach; Christian Wolf von Unterhof, Metzgermeister hier, mit Verida Wolf von hier; Max Walter von hier, Steinbruder hier, mit Pauline Wolf von hier; Wilhelm Siegel von Weistein, Schiedler hier, mit Emma Maag von Gieshausen; Karl Seemann von Jodgrin, Friseur hier, mit Elisabeth Keisinger Witwe von hier; Philipp Gemünder von Nimmelsheim, Metzger hier, mit Hedwig Seidel von Barmen; Emil Wanner von Heidelberg, Kaufm. hier, mit Marie Geuggelin von hier; Franz Striacke von hier, Tapezier, hier, mit Luise Sutter von hier; Ludwig Schuis von hier,

Musiklehrer hier, mit Augustia Höfner Witwe von Weibheim; Franz Lindenberger von hier, Vert.-Schr. hier, mit Anna Krug von hier; Hermann Grunbeil von hier, Lehrer in Würsch, mit Karolina Strieder von hier; Emil Labie von hier, Glaser hier, mit Elisabeth Hammer von Stettfeld; Karl Kugel von Heidelberg, Bankbeamter hier, mit Emilie Elger von hier; Heinrich Hansen von Biesau, Kaufm. hier, mit Margarethe Jacobl von Sarau; Karl Kächlin von hier, Bankbeamter hier, mit Johanna Wanner von hier.

Todesfälle. 24. Juni: Günther, alt 3 Monate 12 Tage, Vater Eugen Ceric, Landesvorstand des Reichsbundes; Ottilie Celius, alt 87 Jahre, Witwe von Karl Celius, Privatamm; Josef Mählebach, Hilfsarbeiter, Witwer, alt 56 Jahre; Frsch. Stöber, Wagner, ledig, alt 32 Jahre.

Bereidigungszelt und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Samstag, 26. Juni: 2 Uhr: Erwin Ditzler, Schüler, Mannheimallee 13. — 1/3 Uhr: Katharina Swinner, Schloßers-Gehelru, Karlsruherstr. 93. — 1/3 Uhr: Anna Battelner, ohne Beruf, Victoriastraße 7. — 1/4 Uhr: Wilhelm Kempy, Dienstmann, Baumeisterstraße 70.

Sport / Spiel.

Schwimmsport.

Das Gaumeisterchafts-Wasserspiel Karlsruhe-Heidelberg, heute abend 6 Uhr, im Stdt. Schwimmbad am Rheinbaben ist das erste Vorrundenspiel in der Klasse A im Gau Baden des Deutschen Schwimmverbandes. Vorher findet ein Wettpiel der Jugendklasse ebenfalls zwischen Heidelberg und Karlsruhe statt. Ferner ist noch darauf aufmerksam gemacht, daß neben den beiden Vorrundenspielen die Hochschulschwimmwettpiele zum Austrag kommen und eine Reihe interessanter sonstiger Schwimmvorführungen geboten werden.

Lawn-Tennis.

Karlsruher Golf- und Tennisverein. Auf das heute nachmittag und morgen den ganzen Tag festgesetzte Ausdauerturnier am Waldsportplatz ist hierdurch nochmals hingewiesen.

Aus Bädern und Kurorten.

Gerrenoth. Die Zahl der Fremden betrug bis zum 23. Juni 1405.

Berichtsaal.

I. Karlsruhe, 25. Juni. In der gestrigen Sitzung der Strafkammer IV wurden verurteilt: Schneiderlehrling Karl Kerber aus Mannheim, wegen Diebstahls 1. R. unter Einrechnung einer früheren Strafe zu 8 Monaten Gefängnis, Kuboff Friedrich Konrad Gärtner aus Heidelberg und seine Ehefrau Veria, geb. Oberst aus Unterhildesheim, wegen schweren Diebstahls zu 6 bzw. 5 Monaten Gefängnis, Franz Raver Fährler, Zigarrenmacher aus Forth, wegen schweren Diebstahls zu 7 Monaten Gefängnis.

In der heutigen Sitzung der Strafkammer I wurden verurteilt: Elisabeth Gild, Köchin aus Chemnitz, wegen erschwerter Diebstahls unter Einrechnung einer früheren Strafe zu 5 Monaten Gefängnis, Adam Bruder, Ehefrau Pauline, geb. Horn aus Hornberg, wegen Betrugs 1. R. zu 5 Monaten Gefängnis, Marie Fischer, Dienstmagd aus Heidelberg, wegen Diebstahls 1. R. zu 3 Monaten 2 Wochen Gefängnis, Heinrich Kettenbach aus Bretten, wegen Diebstahls 1. R. zu 3 Monaten Gefängnis, Emil Zinzer, Hilfsarbeiter aus Teuschnheim und Bruno Reiss, Schuhmacher aus Karlsruhe, wegen Diebstahls zu je 4 Monaten Gefängnis, Anton Sobm, Schmieb aus Grafenhausen, wegen erschwerter Diebstahls und Unterschlagung unter Einrechnung einer früheren Strafe zu 3 Monaten Gefängnis.

Tagesanzeiger. (Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu erfahren).

Sonntag, 26. Juni.

Bad. Landes-theater. „Der Reibgarth“. 7 bis 9 1/2 Uhr. Puzum. Neues Programm. Palasttheater. Neues Programm. Karlsruhe-Regatta. 5 Uhr. Rheinbaben. Karlsruher Lieberhalle. Sommerfest. 10 bis 11 Uhr. Fortzug aus. Technische Hochschule, 1/2 Uhr. Verein badischer Lehrerinnen. Gemeindegarten der Weibsch. Theater. Tanz. 6 Uhr. Karlsruher Golf- und Tennisverein. Waldsportplatz. Ausdauerturnier. 2 Uhr.

Vom Wetter. Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Auf Grund land- und luftwetterkundlicher Beobachtungen vom Freitag, 25. Juni 1920 9 Uhr morgens (M. G. S.)

Table with columns: Ort, Ausstr. in NN, W. in %, W. in %, W. in %, Wetter, Niederschlag in mm. Rows include Hamburg, Stuttgart, Berlin, Frankfurt, München, Ravensburg, Stodolin, Gopparuba, Bodo, Paris, Karlsruhe, Wien.

Beobachtungen badischer Wetterstellen 7^u morgens Sonntag, 26. Juni 1920

Table with columns: Ausstr. in NN, W. in %, W. in %, W. in %, Wetter, Niederschlag in mm. Rows include Karlsruhe Seeböhe 127 m, Heidenberg (Schw.) Seeböhe 1281 m, St. Blasien Seeböhe 780 m.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Das bessere und trockene Wetter gibt im ganzen Lande an. Die Nachmittagstemperaturen steigen allern in der Rheinebene auf 22, im Hochschwarzwald auf 15°. Ueber den britischen Inseln ist der Luftdruck sehr stark im Sinken begriffen, so daß mit der Bildung eines Tiefdruckgebietes über der Nordsee gerechnet werden kann. Ein Wetterumschlag nicht bevor.

Vorausichtliche Witterung bis Sonntag, 26. Juni 1920, nachts: Zunehmende Bewölkung, Eintritt von Regen unter schwächerer Gewitterbildung.

Rhein-Wasserrände morgens 6 Uhr:

Table with columns: Station, Datum, Wasserstand. Rows include Schutterinsel, Reil, Murgau, Mannheim.

Viehhandelsverhandlung betr. Dem Kaufmann Otto Schabert in Leutkirch...

Bad. Bezirksamt - Polizeidirektion. In das Genossenschaftsregister ist zu Band I...

Badisches Amtsgericht B. 2. In das Genossenschaftsregister ist zu Band I...

Badisches Amtsgericht B. 2. In das Genossenschaftsregister Band II...

Freiwilige Versteigerung. Auf Antrag des Stefan Roth Erben in...

Grundstücksversteigerung. Auf Antrag des Gärtners Friedrich Bösch...

Am Dienstag, den 29. Juni d. J., vorm. 9 Uhr...

Das Bankhaus Veit L. Homburger Karlsruhe

Bekanntmachung. Zahlung von Prämie für Ablieferung von Kartoffeln.

Das Bürgermeisteramt. Pferdebestellung in Brandfällen.

Preis ausschreiben. Zur Erlangung künstlerischer Lichtbilder...

Verkehrsverein E. V. Das städt. Rheinbad Marau ist geöffnet.

Städt. Rheinbad Marau ist geöffnet. Bierdefleisch-Verkauf.

Lebensmittel-Verteilung für die Woche vom 28. Juni bis 4. Juli 1920.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

ABDA Allgemeine Beleh- u. Privat-Darlehens-Anstalt

Gemeinnütz. Baugenossenschaft Bulach c. G. m. b. H. 1. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1919.

Möbel-Ausstellung der gemeinnützigen Bauvereinsgesellschaft.

Betrifft Nachsendung des Karlsruher Tagblattes.

Überweisung des durch die Post bezogenen Karlsruher Tagblattes...

Wichtig! Wie spart man am sichersten Brennmaterial?

Der Vogt von Hornberg. Eine Schwarzwaldbeschichte von Walter Burt.

ohne Schwingen bin ich... nicht einmal mehr von Bergen lassen kann ich...

Oben herum und für den Armen Konrad warb. Hat aber wenig Glück damit gehabt...

alergang nach dem geschätzten Waldstückchen, das tiefer unten in den Reichenbachgrund einmündet...

